

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Bezugspreis monatlich 50 Pf., Einzelnummer 15 Pf.
 Postscheckkonto der Hauptkasse des DMV, Berlin Nr. 138262
 Postscheckkonto der Verlagsgesellschaft des DMV, Berlin Nr. 121218

Verantwortlicher Schriftleiter Fritz Kummer
 Schriftleitung und Versandstelle Berlin SW 68, Alte Jakobstraße 148
 Fernsprecher A 7 Dönhoff. 6750-6753

Erscheint wöchentlich am Sonnabend
 Schriftsätze ohne Freiumschlag werden nicht zurückgesandt
 Eingetragen in der Reichspostzeitungsliste

Überstunden in der Krise

Die Vorschläge der Brauns-Kommission zur Arbeitszeitverkürzung, deren Hohlheit und tatsächliche Wirkungslosigkeit wir in Nummer 16 nachgewiesen haben, sind von der gesamten Gewerkschaftspresse abgelehnt worden, und zwar meist mit einer sehr scharfen Kritik. Das Blatt des ADGB zum Beispiel, die Gewerkschaftszeitung, kommt zu dem durchaus berechtigten Ergebnis: „Die Gewerkschaften würden keineswegs befriedigt sein, wenn eine gesetzliche Regelung etwa bei diesen ärmlichen Vorschlägen stehen bliebe. Sie könnten solche Regelung nicht einmal als Abschlagszahlung werten und sie würden ihren Kampf um die Verkürzung der Arbeitszeit mit allen Mitteln fortsetzen.“ In der Tat, allein die Beschränkung „auf einzelne Gewerbegebiete und Berufe“, allein die Bestimmung, daß die Unternehmer vorher gefragt werden sollen, ob ihnen die 40-Stundenwoche auch recht ist, die ängstliche Sorge, ob sie „technisch und wirtschaftlich möglich“ sei, usw. usw., machen die Vorschläge praktisch vollkommen wertlos und wirkungslos; kennzeichnen sie als „weiße Salbe“.

Man sollte nun meinen, die Unternehmer könnten mit dieser „Arbeit“ der Kommission hoch zufrieden sein. Und zweifellos sind sie das auch. Was wäre denn die Folge, wenn die Vorschläge verwirklicht würden? Für die Arbeiter bliebe die Lage ganz dieselbe, was in diesem Fall bedeutet, sie verschlechtert sich täglich; die öffentliche Meinung aber, und mit ihr gewiß auch gar mancher Arbeiter, würde in den Glauben versetzt, es sei Abhilfe gebracht, und wenn dann die Beschwerden der Arbeiter weitergehen, dann würde der Anschein erweckt, als seien sie unersättlich und wollten keine Ruhe geben.

Also wie gesagt, wir zweifeln keinen Augenblick, daß die Unternehmer mit den „Leistungen“ der Brauns-Kommission voll zufrieden sind. Aber unsere Unternehmer sind gute Taktiker. Sie lassen von ihrer Beleidigung nichts merken. Im Gegenteil, wie immer in solchen Fällen, tun sie so, als wenn sie das Gutachten ernst nähmen und ernste Nachteile für sich davon befürchteten. Schon hat die Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände eine Eingabe an den Arbeitsminister losgelassen, worin sie den guten Dr. Brauns und seine Kommission viel toller abkanzelt, als die Gewerkschaftspresse dies tut. Die Herren wissen, warum: sie wollen damit erreichen, daß gar niemand es wagt, mehr zu verlangen, als die Kommission vorschlägt. Wenn dann nach heftigem Zetern und Sträuben der Unternehmer die Vorschläge der Kommission angenommen werden, vielleicht gar noch unter Abhandeln dieser oder jener Einzelheit, dann haben sie genau das erreicht, was sie wollten: die „weiße Salbe“ tritt in Tätigkeit, die den Arbeitern nicht das geringste nützt, und es sieht noch so aus, als hätten die Unternehmer „Opfer“ gebracht. Sachlich auf den Inhalt der Eingabe einzugehen, lohnt kaum, denn sie enthält nur die altbekannten Behauptungen der Unternehmer, die wir unzählige Male widerlegt haben. Nur ein Punkt ist darin (wie auch in sonstigen Kundgebungen der Unternehmerpresse), der in dieser Zeit der Krise und Arbeitslosigkeit doppelt auffällt, das ist die Frage der Überstunden.

Das ist ja einer der tollsten Skandale des Kapitalismus: während 4 1/2 bis 5 Millionen Arbeitslose in den Straßen umherirren, während es junge Leute von 20 und mehr Jahren gibt, die seit ihrer Entlassung aus der Schule noch nie Beschäftigung gefunden haben, die also die Berufsarbeit überhaupt noch gar nicht kennen, hält das Kapital die Beschäftigten nicht nur 48 Stunden wöchentlich in der Fabrik fest, sondern zwingt ihnen sogar noch Überarbeit auf! Man glaubt sich im Irrenhaus. Und nun hat die Kommission mit ihren Scheinvorschlägen doch das erreicht, daß die Unternehmer die Katze aus dem Back lassen: in Tönen höchster Entrüstung verteidigen sie ihr Recht auf Überstunden auch in der Krise und sogar erst recht in der Krise!

Unsere Leser wissen bereits, daß irgendeine ernste Maßregel gegen die Überstunden sich in den Brauns-Vorschlägen nicht befindet. Im Gegenteil, in der Begründung zeigen sie sich ängstlich bemüht, die Überstunden zu sichern und zu erhalten. Da heißt es zum Beispiel, daß dem Verlangen der Unternehmer, unentbehrliche Überarbeit auch weiter zu Hilfe nehmen zu dürfen, ausreichend Rechnung getragen werden soll. Und weiter heißt es: „Wollte man nämlich die aus betriebstechnischen Gründen gebotene Überarbeit nicht mehr erlauben... so würde man vielfach eine ertragbringende Gestaltung des Betriebes gefährden.“ Alles, was die Kommission vorschlägt, ist ja auch nur, daß die tariflich vereinbarten Überstunden hinfort vom Gewerbeinspektor genehmigt werden sollen. Das ist nur ein kleiner Teil der tatsächlich geleisteten Überstunden. Es gibt noch viel mehr andere: Arbeitsbereitschaft, Vorbereitung- und Ergänzungsarbeiten, Mehrarbeit aus betriebstechnischen und allgemein wirtschaftlichen Gründen, soundsoviel Überstunden im Jahr nach Belieben des Unternehmers usw. An all diesen will die Kommission nicht rühren, gegen ihre Beseitigung hat sie „ernste Bedenken“. Wetten wir, daß der Gewerbeinspektor auch die tariflich vereinbarten Überstunden fast immer erlauben wird? Aber nun muß man sehen, mit welcher Wut die Unternehmerpresse Sturm läuft

gegen diese leise, nur scheinbare Milderung des Überstundenunfugs. Da liest man Sätze wie diese:

„Die Mehrarbeitsstunden sind für die Unternehmer zur Anpassung an die wechselnden Bedürfnisse des Marktes unbedingt notwendig. Und zwar tritt diese Notwendigkeit in einer Krise noch viel schärfer hervor. Die Aufträge in der schlechten Zeit treffen ruckweise und vorübergehend ein. Sie sind zumal unter dem Druck der hohen Kapitalkosten zeitlich kurz befristet.“

Wenn diese Ausführungen zutreffen, dann sind sie die schlimmste Verurteilung der kapitalistischen Wirtschaft. Denn sie besagen ja: der Kapitalismus kann nicht leben, wenn er nicht die fünf Millionen Arbeitslosen hungernd auf der Straße liegen läßt und die wenigen Beschäftigten noch um so toller durch Überstunden ausbeutet. Das ist dann ein Beweis, daß der Kapitalismus nur noch von der grauenhaften Ausraubung der Arbeitskraft lebt und auf das schnellste beseitigt werden muß.

So treibt es der Kapitalismus. Und in denselben Tagen, da die Unternehmerpresse mit solcher Wut und Rücksichtslosigkeit die Überarbeit in Anspruch nimmt, meldeten dieselben Zeitungen, daß für das Krisenjahr 1930 Schuckert 11 vH Dividende verteilt und I. G. Farben 12 vH.

Skandalöser Schiedsspruch

Am 9. April wurde von dem Schlichter für Westfalen für die Metallindustrie des Sauerlandes nachstehender Schiedsspruch gefällt:

1. Der bestehende Manteltarifvertrag wird mit der Maßgabe unverändert verlängert, daß § 5 Abs. I in der alten Fassung wegfällt und nun lautet: Die regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit beträgt 48 Stunden. Besteht darüber hinaus dringender Bedarf nach Mehrarbeit, so kann der Arbeitgeber Mehrarbeitsstunden für den Betrieb oder einzelne

Betriebsabteilungen bis zu zwei Stunden täglich und bis zu 104 Stunden im Jahr anordnen. Diese Überstunden dürfen jedoch nicht als regelmäßige Mehrarbeit der Wochenarbeitszeit zugeschlagen werden. . . .

Mit gutem Recht lehnten die Metallarbeiterverbände diesen Spruch ab. 104 Mehrarbeitsstunden aufs Jahr verteilt, ergibt praktisch eine 50-stündige Arbeitszeit. Weit über die Kreise der Arbeiter hinaus ist man der Auffassung, daß eine derartige Arbeitszeit heute nicht mehr zu verantworten ist. Hier in dem besonderen Fall kommt noch was anderes hinzu.

Die Unternehmungen der Metallindustrie im Sauerland sind in der Mehrzahl Klein- und Mittel-Betriebe. So zählt man z. B. in Lüdenscheid 716 Betriebe, in Iserlohn 562 Betriebe. Dazu kommen die weiteren Industrieorte im Tarifgebiet. Daß in diesen Betrieben eine Kontrolle über die Zahl der verfahrenen Mehrstunden schwierig ist, bedarf keiner besonderen Erläuterung. Irgendwelche Kontrollmöglichkeiten, wie sie z. B. nach dem § 3 der Arbeitszeitverordnung gegeben sind, sind in dem Schiedsspruch nicht vorhanden. Klipp und klar wird hier den Unternehmern die Möglichkeit geboten, 104 Mehrarbeitsstunden verfahren zu lassen. Wie er diese 104 Stunden verteilt, ist auch wieder ausschließlich seine Sache: es sollen allerdings zwei Stunden täglich nicht überschritten werden. Zwei Stunden täglich Mehrarbeit bedeutet praktisch die 60-Stundenwoche.

Der Schiedsspruch brachte also nicht die so dringend notwendige Arbeitszeitverkürzung, sondern das Gegenteil. Alle Bedenken wurden von den Gewerkschaftsvertretern dem Reichsarbeitsministerium vorgetragen. Trotzdem würde der Schiedsspruch unter dem 22. April vom Reichsarbeitsminister für verbindlich erklärt. Wenn derartige Schiedssprüche angesichts des Vorschlages der Brauns-Kommission noch für verbindlich erklärt werden, zweifelt man an dem guten Willen des Arbeitsministers, in der Arbeitszeitfrage die so notwendigen Maßnahmen zu ergreifen.

Wie recht die Gewerkschaften mit ihrer ablehnenden Haltung hatten, beweisen bereits Vorgänge in Iserlohn und Lüdenscheid. In Iserlohn ist in den Kreisen der Bevölkerung allgemein bekannt, daß bei einzelnen Firmen, vor allen Dingen in der Nadelindustrie, Arbeitszeiten von weit über 60 Stunden bereits verfahren werden. Ja, daß man selbst weibliche Arbeiter bis in die Nacht beschäftigt. Trotzdem das allgemein bekannt ist, scheint die Gewerbeaufsichtsbehörde vollständig unwissend zu sein. Sie mag ruhig die Dinge weitertreiben lassen, um nur ja nicht mit den Unternehmern anzuecken.

Aushungerung der Volksmasse

17 000 ostpreußischen Grundbesitzern zuliebe!

Das Empörendste ist geschehen: die Regierung hat, von ihrer dicken Freundschaft zu den Agrariern bestimmt, die Zölle auf Lebensmittel abermals erhöht, insonderheit die Lebensmittel, die der arme Mann bedarf, um die Schreie seines Magens zu stillen. Und dieser verstärkte Druck auf den proletarischen Magen wurde just zu einer Zeit vorgenommen, wo der Lebensstand der deutschen Bevölkerung sich dem der entsetzlichen Zeit des Krieges und der Inflation bedenklich nahegekommen ist. Zu der Teuerung der Lebensmittel durch die Zölle kommen Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit, Erhöhung der Sozialbeiträge und dergleichen mehr: Was Wunder, daß die Unzufriedenheit der arbeitenden Bevölkerung nahe an die Grenze heller Empörung gelangt ist. Will man es zur offenen Revolte treiben?

Man vernehme, wie die neueste Verteuerung der Lebensmittel aussieht:

Der Zoll wurde hinaufgesetzt für lebende Schweine von 27 auf 40 M je Doppelzentner, für Gänse von 0,70 auf 2,10 M je Stück, Rindfleisch von 45 auf 55 M je Doppelzentner, Schweinefleisch von 45 auf 55 M, Hammelfleisch von 48 auf 55 M, Speck von 14 auf 20 M, Schweineschmalz von 6 auf 10 M, Linsen von 4 auf 6 und 8 M, Speisebohnen von 2,40 und 4 auf 8 M, Speiseerbsen von 15 auf 20 M, Hafer von 12 auf 16 M usw. Die Preise für Fleisch wurden um ein ganz gewaltiges erhöht. Der Zoll für Gänse erfährt sogar eine Verdreifachung.

Machen wir uns das an einzelnen Beispielen klar, was dies bedeutet: Der durchschnittliche Wert bei der Einfuhr von lebenden Schweinen und Schweinefleisch beträgt 63 Pf. je Kilo. Dazu kam bisher ein Zoll von 27 Pf. Jetzt müssen 40 Pf. Zoll je Kilo gezahlt werden. War früher Schweinefleisch mit 42 vH des Wertes durch Zoll belastet, so ist jetzt eine Belastung von 64 vH eingetreten. Für Futtererbsen wurde eine Zollerhöhung um das Doppelte von 4 auf 8 Pf. je Kilo vorgenommen. Speiseerbsen werden mit einem Zoll von 20 Pf. belastet gegen 15 Pf. bisher. Der Durchschnittswert der eingeführten Erbsen beträgt 20 Pf. je Kilo. Der Zoll ist also genau so hoch wie der Wert der eingeführten Ware selbst. Es gehört keine Prophetengabe dazu, um vorauszusagen, daß sich die Lebenshaltung der deutschen Bevölkerung durch diese Maßnahmen ganz gewaltig verteuert hat.

Aber es verteuern sich nicht nur die eingeführten Waren um die betreffenden Zollsätze, es verteuert sich ja die gesamte inländische landwirtschaftliche Produktion in der gleichen Weise. Wenn an der Quelle eine solche Verteuerung wichtiger Lebensmittel stattfindet, so muß der Endverbraucher einen vielfach höheren Aufschlag zahlen. Auf die verteuerten Grundpreise kommen bei Fleisch die Aufschläge für Händler, für Großschlächter, Kleinschlächter usw. Aus alter Erfahrung wissen wir, daß die Aufschläge nach oben abgerundet werden. Eine Fleischverteuerung von 25 vH bei

der Landwirtschaft wird eine Verteuerung für den Verbraucher von mindestens 33 vH ausmachen. Es ist bezeichnend, daß gerade die Lebensmittel verteuert wurden, die der arme Mann isst. In Berlin ist ein Gericht besonders beliebt: Erbsen mit Speck oder Schweinefleisch. Selbst dem gering entlohnten Arbeiter ist es möglich, sich für 50 Pf. sattessen zu können. Gerade auf diese Speise hat es die deutsche Regierung abgesehen. Der arme Mann soll nicht mehr die Möglichkeit haben, sich für 50 Pfennig ein bescheidenes Mittagessen erlauben zu können.

Zur Zeit erscheinen die „Lebenserinnerungen“ von Lujo Brentano. Dieser alte Vorkämpfer für Freihandel und Sozialpolitik glaubte nicht von hinnen gehen zu können, ohne der Nachwelt und der Jugend Erinnerungen aus seinem Leben vermittelt zu haben. Brentano, der heute im 87. Lebensjahr steht, gründete mit Gleichgesinnten im Jahre 1872 den Verein für Sozialpolitik. Dieser hat Jahrzehnte hindurch, teilweise Seite an Seite mit der Arbeiterschaft, für Sozialpolitik, Freihandel usw. gestritten. Brentano ist aus diesem Verein ausgetreten, weil er seine Schwengung nicht mitmachen wollte. Seinen Austritt begründet der greise Gelehrte in seinen „Lebenserinnerungen“ ausführlich. Über die Zollpolitik und ihre Wirkungen schreibt er im Zusammenhang damit unter anderem:

„Nicht nur die Konsumenten sind es, die diese Politik ins Verderben stößt. Einen wesentlichen Posten unter den Herstellungskosten unserer Industrieprodukte machen die Arbeitslöhne aus. Sie sind ohnedies schon niedriger als die Arbeitslöhne in unseren Konkurrenzländern. Während in diesen die landwirtschaftlichen Produkte außerordentlich viel billiger sind und als Folge ihrer besseren Ernährung die Leistungsfähigkeit ihrer Arbeiter steigt, erwartet man von unseren infolge solcher Zölle unterernährten Arbeitern Leistungen, die Deutschland instand setzen, jährlich über zwei Milliarden Mark in Waren an die Siegerländer auszuführen. Wo ist der Verein für Sozialpolitik gewesen, als diese Politik, die Deutschland seinem Ruin entgegenreibt, in Widerspruch zu seinem Stuttgarter Beschluß im Parlament zur Herrschaft gelangte?“

Als Brentano diese Worte niederschrieb, war der Weizen Zoll von 5 auf 7,50 M erhöht worden. Heute beträgt er 25 M. Er ist auf das Dreifache der Weltmarktpreise gestiegen. Ein ähnliches Verhältnis finden wir

Aus dem Inhalt

	Seite
Überstunden in der Krise — Skandalöser Schiedsspruch —	
Aushungerung der Volksmasse	153
Arbeitslosigkeit und Kapitalbildung	154
Neuzeitliche Energiewirtschaft — Rätsel des Rostens	155
Menschheits-Pfingsten — Der heilige Geist des Kampfes	156
Die Hygiene des Auges — Der böse Blinddarm	157
Eine „unverzeihliche Dummheit“ — die RGO — Schriftenschau	158
Das Unternehmer-Vetorecht — Henry Fords neuester Plan	159

Arbeitslosigkeit und Kapitalbildung

Förderung der Kapitalbildung — das setzen die Unternehmer bekanntlich in den Mittelpunkt all ihrer Ansprüche an den Staat; das ist der Hebel, womit sie „die Wirtschaft“ zu retten, die Krise zu überwinden, die Arbeitslosigkeit zu beseitigen versprechen. Die Sache ist ja auch klar und einfach: es wird nicht genug Kapital gebildet, infolgedessen wird nicht genug neues Kapital angelegt, es werden keine neuen Fabriken gebaut, die alten werden nicht vergrößert, somit werden keine Maschinen und Rohstoffe gekauft und keine Arbeitskräfte gebraucht. Also Absatzstörung, Arbeitslosigkeit, Krise. Man sorge für flotte Kapitalbildung, und mit der Ursache werden die Folgen schwinden, alle Welt wird glücklich sein, namentlich die Arbeiter.

Wer wollte das nicht einsehen? Nun aber, warum wird denn zu wenig Kapital gebildet? Natürlich, weil die Produktion zu teuer ist. Weil die Steuern, die Sozialabgaben und vor allem die Löhne zu hoch sind. Und so kehren denn auch in ihrer neuesten Eingabe an den Arbeitsminister — gegen die Brauns-Kommission — die Unternehmer zu ihrer alten Liebe zurück: Lohnabbau! Der allein kann helfen, um die Arbeiter glücklich zu machen. Wobei es gleichgültig bleibt, ob er auf geradem Wege durch Lohnkürzung vor sich geht, oder auf krummem Wege durch Preiserhöhung. Für den Arbeiter kommt es auf eins heraus, ob er weniger Geld kriegt oder ob er für dasselbe Geld weniger kaufen kann. Man weiß, daß dieses Rezept die Unterstützung der Regierung gefunden hat und kräftig angewandt wird. Lohnabbau ist das Geschrei des Tages.

Wenn man so hört, möchte leidlich scheinen. Aber wir haben ein gutes Gedächtnis. Wir erinnern uns sehr genau, daß die Unternehmer nicht erst seit heute und gestern über mangelnde Kapitalbildung jammern. Das tun sie seit mindestens einem Dutzend Jahren unablässig. Auch als keine Krise war, als die Geschäfte recht gut gingen, wie zum Beispiel im Jahre 1927, schrien sie unausgesetzt: die Löhne sind zu hoch, es wird nicht genug Kapital gebildet, die Folgen werden gräßlich sein. Nun gut, die Folgen sind gräßlich. Über 4 1/2 Millionen Arbeitslose noch im Anfang des Sommers. Bestätigt das nicht auffallend die Warnungen und Voraussetzungen des Unternehmertums?

Denken wir zurück. Die riesenhafte Zunahme der Arbeitslosigkeit, ihr Anschwellen in die Millionen begann im Herbst 1925, ohne Krise. Vielleicht ist vorher zu wenig Kapital gebildet worden? Das ist kaum anzunehmen, denn hinter dem Schleier der Inflation waren die Löhne fast auf den Nullpunkt gesunken. Und je kleiner der Lohn, desto größer der Profit und die Kapitalbildung, das geben ja die Unternehmer selbst zu. Immerhin, es liegen für die damalige Zeit keine sicheren Zahlen vor, so wollen wir davon absehen.

Die Unternehmer behaupten, die große Arbeitslosigkeit komme von mangelnder Kapitalbildung. Von 1925 auf 1926 ist die Arbeitslosigkeit kolossal gewachsen. Von da bis 1928 ist sie ziemlich unverändert geblieben. 1929 ist sie abermals kolossal gewachsen. Dann müßte also in jener Zeit, von 1924 bis 1928, wenig Kapital gebildet worden sein? (Weil ja der Einfluß auf die Arbeitsnachfrage sich immer erst etwas später auswirken kann.) Das in der Tat haben die Unternehmer immer behauptet. Wir sagten schon oben, auch in der besten Geschäftszeit, sogar 1927, haben sie über „zu hohe“ Löhne und zu geringe Kapitalbildung geklagt.

Und jetzt werden sie von ihrer eigenen Statistik schlagend widerlegt! Soeben hat

das Institut für Konjunkturforschung (das eine Abteilung des Statistischen Reichsamts ist) ein Sonderheft veröffentlicht, worin zum erstenmal die Ergebnisse einer wirklichen Untersuchung über die deutsche Kapitalbildung enthalten sind. Das Institut betont ausdrücklich, daß es nicht imstande war, alles neugebildete Kapital zu erfassen. Zum Beispiel war es nicht möglich festzustellen, wie groß die sogenannte „Selbstfinanzierung“ war, das heißt die Summen, die ein Betrieb aus den Überschüssen entnimmt und in sich selbst verwendet, ohne sie auch nur im Jahresabschluß zu nennen. Die wirkliche Kapitalbildung ist also noch größer, als die Ergebnisse der Untersuchung. Und wie groß sind diese! In den fünf Jahren von 1924 bis 1928 wurden in Deutschland verwandt:

Für neue Produktionsanlagen 26 830 Millionen M
Für Vergrößerung der Lagervorräte . . . 12 490 Millionen M
Das sind zusammen: 39 320 Millionen M

Außerdem ist der Goldvorrat um 2274 Millionen M angewachsen und für Ersatz und Reparatur bestehende Anlagen sind mindestens 30 Milliarden M verwandt worden. Das sind zusammen:

Für Neuanlagen rund 26,8 Milliarden M
Für Ersatz und Reparatur rund 30,0 Milliarden M
Für Lagervorräte rund 12,5 Milliarden M
Für Goldvermehrung rund 2,3 Milliarden M
Summe: rund 71,6 Milliarden M

Hiervon sind abziehen vom Ausland geliehene rund 13,6 Milliarden M und ein gewisser Anteil für Entwertung der Anlagen, der sich nur schätzen läßt. In der Gruppe Bergbau- und Hüttenindustrie machte die (geschätzte) Entwertung 226 Millionen M aus bei etwa 890 Millionen M Neuanlagen. Wenden wir dasselbe Verhältnis an auf die gesamte deutsche Kapitalbildung (26 800 Millionen M Neuanlagen), so beläuft sich die gesamte Entwertung auf etwa 6800 Millionen M. Von der obigen Summe abzuziehen sind demnach 13,6 (Auslandskapital) + 6,8 (Entwertung), zusammen 20,4 Milliarden M und es verbleibt ein reiner Zuwachs an Kapital von mehr als 51 Milliarden M in fünf Jahren, das heißt mehr als 10 Milliarden M in jedem einzelnen Jahr. Da dies, wie gesagt, nur ein Teil der wirklichen Kapitalbildung ist, so ergibt sich, daß in jenen Jahren der ewigen Klagen sogar sehr viel Kapital gebildet worden ist. Auch bestätigt diese Untersuchung aufs neue, daß die Produktionsanlagen in Deutschland sehr stark vergrößert worden sind, wie denn auch die Produktion bis 1928 um über 25 vH zugenommen hat.

Und dennoch wachsende Arbeitslosigkeit? — Das beweist schlagend, daß der ganze (eingangs wiedergegebene) logische Gedankengang der Unternehmer dummes Zeug ist. Unter dem Kapitalismus werden bei jeder Vergrößerung der Produktion weniger Arbeitskräfte gebraucht; zuerst nur verhältnismäßig, auf die Dauer jedoch, dank der Rationalisierung, un verhältnismäßig weniger Arbeitskräfte. An sich müßte es freilich so sein, daß zunehmende Produktion für immer mehr Menschen Beschäftigung bringt. Aber der Kapitalismus hat es fertiggebracht, dies ins Gegenteil zu verkehren, so daß unter seiner Herrschaft gerade die Zunahme der Produktion zur Quelle furchtbarster Arbeitslosigkeit wird. I by kus.

bei anderen Produkten. Brentano hat bestimmt recht, wenn er angesichts solcher Tatsachen schreibt: „Dies alles im Interesse von 17000 Großgrundbesitzern in Ostpreußen und überschuldeten Landwirten im Süden. Sie sind gewiß zu beklagen und weitherziger Hilfe wert. Aber so groß ihre Zahl auch ist, was ist sie im Vergleich zu den Millionen, die, wenn man ihnen die unentbehrlichsten Lebensmittel unerreichbar macht, zur Verzweiflung, zu Raub, Mord und Selbstmord getrieben werden!“

Die Berliner Bäckermeister und ihre Kollegen in anderen Städten hatten vor einigen Tagen den Brotpreis um 2 Pf. erhöht. Kaum hatte sich die Bevölkerung damit abgefunden, so wurde sie wiederum von der Nachricht überrascht, daß ab 4. Mai eine abermalige Erhöhung um 2 Pf. eintreten werde. Der Reichsernährungsminister versuchte die Bäcker von ihrem Vorhaben abzuhalten. Diese haben sich aber nicht daran gekehrt, sondern die Brotpreiserhöhung vorgenommen. Der Reichsernährungsminister hat erklären lassen, daß die Regierung dieses Vorgehen nicht ruhig hinnehmen wird. Man wird abwarten müssen, welche Taten diesen Worten folgen werden. Aber was auch geschehen mag, der Reichsernährungsminister, der eigentlich Minister gegen die Ernährung genannt werden müßte, erntet hier die Früchte, die er gesät hat. Wenn Getreide, Fleisch, Hülsenfrüchte usw. andauernd verteuert werden, dann muß sich das schließlich in der gewaltigen Vertuierung der Lebenshaltung auswirken.

Wir gehen zweifellos einer Hungersnot entgegen. Selbst die Kölnische Zeitung, die der Volkspartei nahesteht, spricht folgende Mahnung aus: „Bei allem Verständnis für die Not der Landwirtschaft geht es nicht an, daß der auf Lohn und Gehalt angewiesene Teil der Bevölkerung von zwei Seiten in die Zange genommen wird, daß auf der einen Seite die Einnahmen beschnitten werden und daß auf der anderen Seite die Lebenshaltungskosten wieder steigen.“

In der Tat wird der größte Teil der deutschen Bevölkerung in immer schärferem Maße von zwei Seiten in die Zange genommen. Die zur Verfügung stehenden Mittel werden durch Lohnraub, Verminderung der Unterstützungssätze und Gehaltsabbau beschnitten, während auf der anderen Seite durch gesetzliche Maßnahmen die Lebensmittel verteuert werden. Es ist nicht zu erwarten, daß selbst der geduldigste Teil der deutschen Bevölkerung eine solche Strangulierung auf die Dauer ruhig hinnehmen wird.

Die Nordwestarbeiter in Front

Die Bezirksleitung des DMV des Ruhrgebiets hatte am 3. Mai eine Revierkonferenz für das Tarifgebiet der Nordwestgruppe nach Essen einberufen, an der über 400 Funktionäre des DMV und der übrigen am Tarifvertrag beteiligten freien Gewerkschaften teilgenommen haben.

Nach einem ausführlichen Vortrag des Bezirksleiters Wolf über die Lage im Bezirk und über die Anschläge der Unternehmer, die in der letzten Nummer der Metallarbeiter-Zeitung bekanntgegeben worden sind, und über die Gegenvorschläge der Gewerkschaften hat die Konferenz ohne Aussprache nachfolgende Entschlüsse einstimmig angenommen:

„Die Konferenz nimmt Kenntnis von den Abänderungsanträgen des Arbeitgeberverbandes Nordwest. Sie lehnt sie mit aller Entschiedenheit ab und bezeichnet das Vorgehen der Arbeitgeber als eine erneute Provokation der Arbeiterschaft. Es kann gar nicht ausbleiben, daß diese fortgesetzte Vergiftungs- und Brandstiftungspolitik früher oder später einmal zu explosiven Entscheidungen führen muß.“

Die Nordwestgruppe macht es sich seit Jahren zu ihrer vornehmsten Aufgabe, jeden sozialen Fortschritt zu unterbinden. Niedrige Löhne und viel zu lange Arbeitszeit kennzeichnen seit der Festigung der Währung die Lage der Arbeiter in der Eisen- und Stahlindustrie trotz enorm gesteigerter Leistung. Die Arbeitgeber von Nordwest waren die ersten, die im Vorjahre den Lohnabbau durchsetzten, angeblich, um die Wirtschaft anzukurbeln. Die weitere Entlassung von 36000 Arbeitern war die Folge.

Jetzt rüttelt sie an den Grundmauern des Tarifvertrages. Der Zuschlag für Sonn- und Feiertagsarbeit soll um 50 vH gekürzt, der Urlaub für die schwerstarbeitenden Arbeiter im ganzen Reich soll ebenfalls um die Hälfte abgebaut werden. Das Hausstands- und Kindergeld für den ohnehin schwerringenden Familienversorger soll ganz beseitigt und außerdem soll die durch zahlreiche Feiertage geschädigte Arbeiterschaft durch einen weiteren Abbau der Akkordüberdienste um 5 vH geschöpft werden.

Die Konferenz steht einmütig hinter ihren Organisationsvertretern und beauftragt sie, alles anzubieten, um diesen reaktionären Vorstoß abzuwehren. Sie erwartet aber auch, daß bei einer eventuellen Schlichtung diesen unerhörten Anträgen nicht stattgegeben wird. Die Konferenz erachtet es als selbstverständlich, daß sich jeder Arbeiter in die Abwehrfront einreißt, sich rechtzeitig sichert und nur den Anordnungen der Gewerkschaften Folge leistet.“

Hütte Ruhrort-Meiderich arbeitet wieder

Der Konflikt auf der Hütte Ruhrort-Meiderich ist noch in aller Gedächtnis. Der Belegschaft war von den Eisenherren erklärt worden, das Werk werde geschlossen werden, wenn sie nicht in eine Verringerung ihrer Löhne um 20 vH einwillige. Die Gewerkschaften wiesen diesem mit Drohung begleiteten Lohnraubversuch entschieden zurück. Darob wurden die Schlämmschlüssen der Unternehmerpresse gegen die Gewerkschaften geöffnet. Als das nichts fruchtete, bemühte sich Herr Jarres, der Bürgermeister von Duisburg, den Hüttenarbeitern begünstlich zu machen, wie wohl sie taten, wenn sie sich ein Fünftel von den Inhalt ihrer Lohnsätze klauen ließen. Die Vorteilhaftigkeit des Lohnraubes wollten die Hüttenarbeiter nicht erkennen, wohl aber erkannten sie den schwerindustriellen Makler und seine Beweggründe, die nicht von Papp waren. Das Ergebnis der Abstimmung, die der Herr Bürgermeister auf eigene Faust mit Hilfe von Toten, Ausgeschiedenen und Erwerblosen angeleitet hatte, befriedigte die Hüttenherren nicht. Das Werk wurde stillgelegt. Für immer! hiess es. Jetzt nun ist es wieder eröffnet worden. Zunächst die Maschinenfabrik und eine andre Abteilung. Insgesamt 500 Personen sind wieder beschäftigt. In einer Aufsichtsratsitzung hat Dr. Vogler verkündet, die ganze Hütte werde, wenn genügend Aufträge vorhanden, wieder in Betrieb genommen.

Die Moral von der Sache ist: die Arbeiter schaffen wieder zu den alten Lohnsätzen. Hätten sie damals in die Lohnkürzung eingewilligt, so bekämen sie jetzt ein Fünftel weniger, während entsprechend viel Leute eines andern Werks des Staates zum Scheitern verurteilt wären und bei der Gesamtheit der Hüttenarbeiter, angeleitet durch das Meidericher Beispiel, der Lohnsatz von 20 vH gleichfalls versucht und schließlich durchgebrochen worden wäre. Durch ihre Standhaftigkeit hat die Belegschaft in Meiderich sich selbst und ihre ganze Berufs-gemeinschaft vor dem erheblichen Lohnverlust bewahrt. Proletarische Rückgratfestigkeit und Solidarität lohnen sich immer.

Die Arbeitgeberverbände gegen die Verkürzung der Arbeitszeit

Die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände hat an den Reichsarbeitsminister eine Denkschrift gerichtet, die sich gegen den Vorschlag der Brauns-Kommission wendet, die Arbeitszeit auf 40 Stunden wöchentlich herabzusetzen und Überarbeit von besonderer behördlicher Genehmigung abhängig zu machen. In der Eingabe wird betont, daß die Arbeitgeberverbände von sich aus ihre Mitglieder angewiesen hätten, die Arbeitszeit dort zu verkürzen, wo dies technisch und wirtschaftlich möglich sei. Die Zahl von 2,2 Millionen Kurzarbeitern beweise, daß diesen Wünschen weitgehend Rechnung getragen sei. Dagegen sei ein gesetzlicher Zwang weder durch die tatsächlichen Verhältnisse begründet, noch trage er den zwingendsten wirtschaftlichen Voraussetzungen Rechnung, die für eine Wiederbelebung der Wirtschaft und des deutschen Arbeitsmarktes gegeben sein müßten. In den weiteren Ausführungen der Eingabe an das Reichsarbeitsministerium werden alle möglichen Einwände gegen eine Verkürzung der Arbeitszeit herangezogen. Ein wesentlicher Teil der Arbeitslosigkeit sei darin zu suchen, daß die freie Betätigung der wirtschaftlichen Unternehmungen in immer stärkerem Maße durch Gesetze und Zwangstarife eingengt worden seien. Nur eine Befreiung von derartigen gesetzlichen Beschränkungen und eine allgemeine Verbilligung der Produktion durch Senkung der Gestehungskosten könnten zum Ziele führen. Bloß eine Senkung der Selbstkosten durch Herabsetzung der öffentlichen und sozialen Ausgaben und damit eine stärkere Förderung der Kapitalbildung sowie des Exports ermöglichen einen neuen Konjunkturaufschwung.



Dann wird eine ausführliche Aufrechnung gebracht, welche Schäden die Vorschläge der Brauns-Kommission mit sich bringen würden. Allerhöchstensfalls würde eine Entlastung des Arbeitsmarktes von 300 000 bis 500 000 Arbeitskräften erfolgen können. Die Einschaltung der Gewerkschaften bei der Arbeitszeitverkürzung und Überstundenfrage würde nicht nur lästig sein, sondern auch eine Vertuierung der Produktionskosten zur Folge haben. In Betrieben mit fortlaufendem Arbeitsgang bringe die notwendige Einführung einer höheren Schichtzahl eine Vertuierung. Erhöhte Investitionen wären notwendig. Die Beschränkung der Überstunden wirke ebenfalls kostensteigernd und verhindere in vielen Fällen die Hereinnahme von Aufträgen und Beschäftigungsmöglichkeiten. Die Verkürzung der Arbeitszeit führe zu einer Gefährdung des Exports und zu einer Verlagerung der Auftragserteilung zuungunsten der deutschen Industrie. Die deutsche Industrie werde auf keinen Fall mit einer ihr aufgezwungenen Vierzig-Stundenwoche auf dem Weltmarkt erfolgreich konkurrieren können. Kurzum, eine derartige Arbeitszeitverkürzung würde keine Milderung der Arbeitslosigkeit, sondern eine Vergrößerung derselben im Gefolge haben.

Wir haben versucht, die Einwände der Arbeitgeberverbände gegen die Verkürzung der Arbeitszeit zusammenfassend wiederzugeben. Die Denkschrift hat den Zweck, die Regierung im letzten Augenblick einzuschüchtern, damit sie die Vorschläge der Gewerkschaften oder auch selbst der Kommission nicht berücksichtigt. Der Zweck ist also ganz klar. Es fragt sich nun, ob die Kraft der Regierung ausreicht, dem Druck der Unternehmer zu widerstehen. Wir müssen von vornherein hierin großen Zweifel setzen. Die Vorschläge der Brauns-Kommission waren den Gewerkschaften sicher nicht weitgehend genug. Immerhin konnten sie als ein Anfang gewertet werden. Aber selbst die Einschränkungen, die die Kommission gemacht hat, genügen den Unternehmern nicht. Sie benutzen die Gelegenheit für einen allgemeinen Angriff auf die sozialpolitischen Gesetze und das Tarifwesen. Hier liegt der eigentliche Grund der lebhaften Tätigkeit der Arbeitgeberverbände. Die Gewerkschaften haben keine Ursache, in ihrem Kampf für die Verkürzung der Arbeitszeit irgendwie nachzulassen. Er muß mit verstärkter Wucht weitergeführt werden.



Technik und Werkstatt



Neuzeitliche Energiewirtschaft

Von H. Schwarz

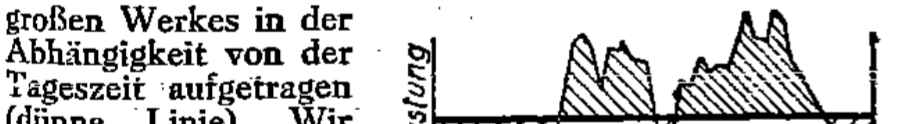
Den Techniker schreckt ein Gespenst, das lange Schatten aus ferner Zukunft in die Gegenwart wirft und zu dessen Überwindung er sich vorläufig noch keinen Rat weiß. Das ist die Frage: Was soll aus uns werden, wenn die Energievorräte der Erde zu Ende gehen? Zwar sind diese noch riesengroß, und die Frage wird für unseren Urenkel noch ebensowenig brennend wie für uns, aber man hat schon verschiedentlich Berechnungen angestellt, die den Zeitpunkt bestimmen, an dem unsere Kohlenlager erschöpft sind. Und es ist doch ein unangenehmes Gefühl, daß das ganze Gebilde unserer Technik, mit dem unser Leben in so mannigfacher Weise verknüpft ist, eines Tages tot sein soll, weil wir keine Nahrung mehr dafür finden können. So suchen wir denn schon heute nach neuen Energiequellen.

Allgemein bekannt sind ja jetzt die Atomzertrümmerungsversuche. Mit ungeheuren elektrischen und magnetischen Feldern zerrt man an dem Aufbau dieser kleinsten Teile der Materie; man setzt sie der tiefsten Kälte und der höchsten Hitze aus, die wir zu erzeugen vermögen, um ihnen ihre Kräfte zu entreißen. Bis jetzt ist uns das noch nicht gelungen, und vielleicht lernen wir später einmal einsehen, daß es vergebens war, ebenso wie die Mühe um die Konstruktion des Perpetuum mobile und die Kunst, Gold zu machen.

Solange wir noch keine neuen Energiequellen erschlossen haben, heißt es mit den vorhandenen Energien hauszuhalten. Zur Deckung unseres Arbeitsbedarfs stehen uns heute verschiedene Quellen zur Verfügung. Da sind zunächst die Sonnenenergien vergangener Jahrtausende, die in den Kohlenlagern der Erde gespeichert sind, neben denen, die heute noch von der Sonne zu uns kommen in der Form von Wärme und Licht. Diese Arbeitsmengen nutzen wir in Wasser- und Windkraftwerken aus oder gewinnen sie zurück bei der Verfeuerung von Holz, Torf und anderen pflanzlichen Stoffen. Daneben haben wir noch eine Reihe anderer Kraftquellen, die aber zumeist minder wichtig sind. So zum Beispiel das Erdöl, das Erdgas, die innere Wärme der Erde und die Flutbewegung des Meeres.

Um nun den vorhandenen Energievorrat, und das sind Kohle und Erdöl, recht lange zu halten, ist es klar, daß wir die Deckung unseres laufenden Kraftbedarfs möglichst nur mit den Wasserkraften der Erde vorzunehmen hätten. Dann blieben Kohle und Öl sozusagen eine Reserve für den Fall einer Betriebsstörung. Von dieser idealen Art der Kraftversorgung sind wir aber noch recht weit entfernt. Zur Zeit erzeugen die Wasserkraftwerke noch bei weitem den Hauptteil der benötigten Energien. Der Grund hierfür liegt wohl in den verhältnismäßig hohen Kapitalkosten, die beim Bau eines Wasserkraftwerkes aufzubringen sind und die sich nur langsam amortisieren. Jedoch die Zahl der Wasserkraftwerke ist ständig im Wachsen begriffen und durch eine planmäßige Energiewirtschaft sucht man den unnötigen Verbrauch an kostbarer Kohle so weit als möglich herabzusetzen. Wie wichtig dem Wissenschaftler die Frage einer geregelten Arbeitserzeugung und -verteilung ist, geht daraus hervor, daß sich Gelehrte und Fachleute aller Länder über alle nationalen Grenzen hinweg zu gemeinsamer Arbeit zusammenfinden (Weltkraftkonferenzen).

Die Mittel nun, die zur Erreichung der oben gezeichneten Ziele dienen, sind sehr verschiedener Art. Mit eines der wichtigsten ist die Angleichung der konstanten Energieabgabe der Wasserkraftwerke an den außerordentlich stark schwankenden Verbrauch mit Hilfe von Kraftspeichern und Wärme-Spitzenkraftwerken. Die beigegebene Abbildung zeigt uns den Verlauf der Stromentnahme eines großen Werkes in der Abhängigkeit von der Tageszeit aufgetragen (dünne Linie). Wir sehen, wie gering die Ausnutzung der Maschinen in der Nachtzeit ist, gegenüber der hohen Beanspruchung um die Abendzeit (18 bis 19 Uhr). Wenn man bedenkt, daß die Maschinen für die höchste Leistung, die von dem Werk verlangt wird, gebaut sein müssen, so versteht man ohne weiteres, daß der Wirkungsgrad sehr gering ist. Will man das Werk stets gleich belasten, wie dies durch die dick ausgezogene Linie dargestellt ist, so muß man die unter derselben liegenden Energiemengen (dargestellt durch die rechts schraffierten Flächen) aufspeichern und kann sie dann zu Zeiten der Überlastung dem Speicher wieder entnehmen und dem Verbrauch zuführen (links schraffierte Flächen). Hat man keinen Energiespeicher zur Verfügung, so kann man die Belastungsspitzen auch durch ein besonderes Kraftwerk, das Spitzenkraftwerk, decken. Dabei gehen die unter der dicken Linie liegenden Energiemengen, wenn es sich um ein Wasserkraftwerk handelt, verloren, oder ein Wasserkraftwerk arbeitet mit entsprechend schlechtem Wirkungsgrad. Um diese Energie auch noch einigermaßen zu nutzen, geben die meisten Elektrizitätswerke den Strom zur Nachtzeit zu verbilligtem Preise ab.



Das Problem der Kraftspeicherung ist heute besonders aktuell, denn man strebt auch noch an, die Belastungsunterschiede, die innerhalb eines Jahres auftreten (im Winter ist der Stromverbrauch höher als im Sommer), durch Speicher auszugleichen. Dafür sind außerordentlich große Speichereinrichtungen erforderlich, und die bisher bekannten Bleisäure (Akkumulatoren) reichen bei weitem nicht aus und sind viel zu kostspielig. So ist man denn auf eine recht interessante, großzügige Art der Energieaufbewahrung verfallen. Man legt zwei recht große Wasserbecken an, deren eines möglichst hoch (im Gebirge) liegt, und das andere tief. Zur Nachtzeit pumpt man dann das Wasser aus dem unteren Becken in das obere und läßt es zu Zeiten des Energiebedarfs wieder herunterstürzen, wobei es seine Arbeit an die Maschinen abgibt. Diese sind so gebaut, daß sie umkehrbar sind, das heißt es können die Generatoren und Turbinen rückwärtslaufend als Motoren oder Pumpen wirken. Der Wirkungsgrad solcher Einrichtungen ist gegenüber dem anderer Speicher recht günstig. Auch läßt sich die ganze Anlage noch zu wichtigen anderen Zwecken, wie zum Beispiel zur Flußregulierung oder zur Trinkwasserversorgung, verwenden. Deutschland, dem die Erhaltung seines Kohlenvorrats besonders am Herzen liegt, denn darauf gründet sich ja auch unsere hochentwickelte chemische Industrie, steht mit einer Anzahl großzügiger Speichereinrichtungen vorbildlich an führender Stelle. Da sind neben einer ganzen Reihe kleinerer Anlagen das Walchensee-Kraftwerk, das einen Jahresspeicher darstellt, mit einer Leistung von 122 000 kW und einer nutzbaren Wassermenge von 70 Millionen m³, das Murg-Schwarzenbach-Kraftwerk mit 64 000 kW, das Werk Niederwartha bei Dresden mit 90 000 kW, das neue Speicherwerk des RWE bei Herdecke im Ruhrgebiet mit 110 000 kW und das Leitzachwerk in Bayern mit 21 500 kW. Daneben sind noch eine Reihe von Werken im Bau.

Energie sparen heißt auch, nichts, was Energie enthält, nutzlos umkommen lassen. Es ist unglaublich, wie in dieser Beziehung manchmal gewirtschaftet wird. So enthielten zum Beispiel die Abgase einer Braunkohlebrikettfabrik als Staub jährlich etwa 33 600 Tonnen Kohle. Man bedenke: Dreiunddreißigttausendsechshundert Tonnen! Was man da als Dreck zur Plage der Menschheit in die Gegend geblasen hat, hätte den Jahresbrand von 22 000 Arbeiterfamilien gegeben! Diesem Übelstand ist erst vor kurzem durch Einbau von Elektrofilter ein Ende bereitet worden. In ähnlicher Weise führt ein

kleiner Nebenfluß des Rheines, die Emscher, die die Abwässer zahlreicher Kohlenzechen aufnimmt, jährlich 114 000 Tonnen guten, brauchbaren Brennstoff in Form von Schlamm mit sich. Auch hier baut das RWE jetzt ein Kraftwerk, das den in großen Klärbecken gewonnenen Schlamm verarbeitet und daraus jährlich etwa 100 Millionen kWh elektrischer Energie erzeugen soll. Wie in diesen beiden hier dargelegten Fällen, so ließen sich wohl noch in Dutzenden anderer wertvolle Kräfte aus bisher vernachlässigten Quellen ziehen, die helfen können, den Raubbau an unserer Kohle anzuhalten.

Noch weit größere Sparmöglichkeiten ergeben sich, wenn die Energiewirtschaft aus ihrem nationalen Rahmen heraustritt und zur Welt-Energiewirtschaft wird. Man denke nur das eine: In den Alpenländern, wie Österreich und der Schweiz, führen die Flüsse und Bäche im Sommer soviel Wasser, daß daraus weit mehr als der Energiebedarf dieser Länder gedeckt werden kann. Währenddem verbrennt man in Deutschland unter Dampfkesseln die Kohle. Im Winter liegen die Wasserfälle der Alpen vereist, dann transportiert man mühselig per Schiff und per Bahn unter hohen Kosten die Kohle in diese Länder. Verbindet dagegen ein brauchbares Leitungsnetz alle Staaten untereinander, so könnte man im Sommer unserer Industrie die billige Energie der Alpenwässer liefern, während im Winter ein verlustloser Krafttransport in umgekehrter Richtung möglich ist. An der Verwirklichung eines derartigen internationalen Energieaustausches wird zur Zeit lebhaft gearbeitet, und die große 220 kV-Leitung des RWE stellt den ersten praktischen Schritt dazu dar.

In immer steilerer Linie steigt die Kurve des Energiebedarfs an. Energie ist heute ein Wirtschaftsfaktor höchster Bedeutung geworden, gleichwertig mit Erzeuchtum oder gutem Ackerland. Man handelt mit der unsichtbaren, unwägbaren Kraft wie mit einer Ware, sie ist das einzige Erzeugnis, das heute noch ungehinderten Absatz findet, das man nicht billig und reichlich genug zu erzeugen vermag. Was heute noch Schwierigkeiten findet, die Verbindung aller Staaten durch gemeinsame Leitungen, muß früher oder später doch einmal Wirklichkeit werden. Dann, wenn alle Völker an der gleichen Strippe hängen, wie der Elektriker sagt, dann ist auch der wirkliche Schritt zur Völkerversöhnung getan.

Rätsel des Rostens

(Nachdruck verboten.)

Im Jahre 900 vor Christi wurde in Dehli eine eiserne Säule errichtet, die heute noch nahezu rostfrei ist und nur eine oberflächliche Anlaufsicht aufzuweisen hat. Trotz eingehender Forschungsarbeit auf dem Gebiete des Rostschutzes ist es uns auch heute noch unklar, wodurch diese Rostfreiheit bedingt ist. Die trockene Luft Indiens verlangsamt zweifellos den Rostvorgang, aber erklären läßt sich durch diese Feststellung allein die Tatsache nicht. Alte Eisenketten, die auf Ceylon gefunden wurden und dort keine Spur Rost zeigten, begannen in der feuchten Luft Londons sofort zu rosten. Das gleiche wurde von in den Pyramiden gefundenen eisernen Geräten festgestellt.

Wir brauchen aber gar nicht ins Ausland zu gehen, der Kölner Dom bietet uns ein klassisches Beispiel für die außerordentliche Widerstandsfähigkeit bestimmter, im Mittelalter rein empirisch hergestellter Eisensorten. Eiserne Verbindungsstangen, die an einzelnen Glasfenstern des Kölner Domes seit Hunderten von Jahren vorhanden sind, zeigen keine Spur Rost. Selbst das Glas dieser Fenster ist in den 600 Jahren verwittert und mit einer dicken Schicht Bleisulfat überzogen, das durch Einwirkung der schwefeligen Säure der Luft aus dem stark bleihaltigen Glase entstanden ist. Auch Bleiplatten, die vor Jahrhunderten zur Abdeckung des Daches an einzelnen Stellen des Domes aufgebracht wurden, sind teilweise noch nahezu unversehrt, während in neuerer Zeit aufgebracht schon wieder zerstört und ersetzt sind. Erklären läßt sich dies nur so, daß im Altertum und Mittelalter vielfach durch Zufall außerordentlich widerstandsfähige Eisensorten und Metalle hergestellt wurden, die wir heute willkürlich in den allerdingen recht teuren nicht rostenden Stahlsorten ebenfalls herstellen, wobei das Eisen durch Zusatz bestimmter Legierungsmetalle (Chrom, Vanadin, Silicium, Kupfer und andere) eine hohe Korrosionsbeständigkeit erhält.

Ein Beispiel aus neuerer Zeit wird von Dr. K. Würth angeführt. Die im Jahre 1858 über den Rhein bei Köln erbaute Gitterbrücke mußte im Jahre 1910 abgebrochen werden. Dabei zeigte sich, daß die Eisenkonstruktion, obwohl sie mit Rauchgasen geschwängerte Luft dieses Industriegebietes sicher den Korrosionsvorgang erheblich befördert, noch so tadellos erhalten waren, nach 52 Jahren, daß man sie erneut zu Konstruktionszwecken verwenden konnte. Die chemische Untersuchung ergab in diesem Falle, daß es sich um ein stark kupferhaltiges Eisen gehandelt hat. Die hohe Beständigkeit des gekupferten Stahles und sein im Verhältnis zu anderen korrosionsbeständigen Stahlsorten niedriger Preis wird auch in letzter Zeit praktisch weitgehend ausgewertet.

Daß die Zusammensetzung des Eisens von größter Bedeutung im Hinblick auf den Rostvorgang ist, wurde durch zahlreiche Untersuchungen klargestellt, und doch zeigen sich manchmal unerklärliche Erscheinungen wie beispielsweise in einem Versuche von K. Würth, daß zwei Eisenplatten, die nach dem gleichen Verfahren in derselben Zusammensetzung an zwei verschiedenen Tagen hergestellt wurden, nach sechsmonatiger Lagerung unter gleichen Bedingungen vollkommen voneinander abwichen. Während die eine fast vollkommen unangegriffen war, ist die andere stark gerostet. Bekannt ist auch, daß bei manchen Personen aus gleichem Material hergestellte Schlüssel in der Tasche rosten, während sie bei anderen vollkommen blank bleiben. Die verschiedenartige Zusammensetzung der Körperausdünstungen dürfte dies bewirken. Dr. Freitag

Eine neue Schrauben- und Muttersicherung

Im Hinblick auf die Unannehmlichkeiten, Schäden und Gefahren, die sich aus selbsttätig lösenden Schrauben und Muttern ergeben, wird allen neuen Sicherungsvorrichtungen größte Teilnahme entgegengebracht. Es wird vielfach übersehen, daß das Festhalten der Schraubenverbindung in der Anzugsstellung von ausschlaggebender Bedeutung ist. Es zeigt sich immer wieder, daß beispielsweise auch starke durchgesteckte Splinte bei Kronenmuttern und die Lappen an Sicherungsblechen bei

starken Erschütterungen einfach abgeschert werden. Eine neuere Sicherung, die diesen Nachteil nicht besitzt, da sie die Schrauben in der Anzugsstellung sperrt, ist die sogenannte „federnde Zahnscheibe“, die sich bereits in der Praxis bewährt hat. — Es handelt sich hierbei um einen ganzen, geschlossenen Stahlblechring, der aus einer speziell für diesen Zweck verhütteten Federstahl-Legierung besteht und an seinem inneren und äußeren Umfang mit Zähnen von etwa vierkantiger Form versehen ist. Jeder Zahn ist geschränkt und gewährleistet infolgedessen zwei positive Eingriffe, und zwar in der Preßfläche der Mutter und in das Werkstück. Je nach der Größe des Ringes sind 4 bis 20 Zähne vorgesehen, so daß die Eingriffssicherheit und Sperrwirkung stets eine vielfache ist. Die federnde Einpressung der geschränkten Zähne in die Mutter und das Werkstück erfolgt durch den Anzugspreßdruck. Will sich infolge Erschütterung oder Verlängerung des Bolzens die Schraube oder Mutter lösen, so stellen sich die federnden Zähne auf, so daß sie sich immer fester in die Preßflächen einkrallen und dadurch naturgemäß die Rückwärtsbewegung noch stärker sperren. Da auf diese Weise die Schraube oder Mutter stets in der Anzugsstellung bleibt, ist auch bei laufenden Erschütterungen die Gefahr einer Lösung der Schraubenverbindung ausgeschaltet. G. Hth.

Die überfallsichere Aktentasche

Eine der peinlichsten Zeiterscheinungen ist die zunehmende Unsicherheit der Straße. Kein Tag vergeht, ohne daß Raubüberfälle auf Bankboten, Jurveliere und besonders auf wehrlose Frauen gemeldet werden, bei denen es die Spitzbuben stets auf die Handtaschen abgesehen haben. Läßt sich der Überfallene die Tasche nicht entreißen, so wird er niedergeschlagen, und ehe er wieder zur Besinnung kommt und Alarm schlägt, sind die Räuber über alle Berge.

Aber jetzt ist eine überfallsichere Aktentasche auf dem Markte erschienen, die jedem, der sich ihrer bemächtigt, die Lust zu Überfällen auf lange Zeit hinaus nehmen dürfte. Von außen sieht sie ganz unschuldig aus, eben wie eine lederen Aktentasche. Wird sie aber ihrem Träger von unbefugter Hand entrisen, so ertönt aus ihrem Innern ein durchdringender Alarmschrei, ein Sirenengeheul, das selbst Autohupen übertönt und zwei volle Stunden lang anhält. Decken und Kissen können diesen Schrei nicht ersticken. Sogar aus dem Innern eines Geldschrankes ist er mit voller Deutlichkeit vernehmbar. Ein Aufschneiden der Mappe ist unmöglich, da stählerne Kontakte jedem Messer trotzen, und selbst mit Hammer und Meißel kann die Alarmvorrichtung erst nach zwanzig Minuten mühsamer Arbeit zum Schweigen gebracht werden. Es bleibt also dem Räuber, der sich an so einer Alarntasche vergreift, nichts anderes übrig, als sie sofort wieder wegzuerwerfen, wenn er nicht augenblicklich erkannt und festgenommen werden will, und in den meisten Fällen wird seine Festnahme gleich beim Angriff auf sein Opfer erfolgen.

Das Geheimnis der Tasche besteht in einer kleinen, aber außerordentlich starken Alarmsirene, die sich in ihrem Innern befindet und von einer Batterie angetrieben wird. In dem Augenblick, wo der Träger den Handgriff losläßt, wird ein Kontakt geschlossen und der Alarm kann nur durch Öffnen eines der Sicherheitsschlösser der Mappe wieder zum Schweigen gebracht werden. So zwingt die Alarntasche an und für sich ihren Träger zu verschärfter Aufmerksamkeit und macht einen Raub unmöglich. Eine besondere Vorrichtung gestattet dem Besitzer, die Tasche ins Gepäcknetz zu legen oder sonstige abzustellen. In diesem Fall ertönt der Alarm, wenn eine unbefugte Hand die Tasche berührt. Sie kann erst wieder aufgenommen werden, nachdem der Besitzer ihr Schloß geöffnet hat. Die Batterie hält mehrere Monate und hat eine ununterbrochene Funktionsdauer von zwei Stunden. Der Anschaffungspreis der Alarmvorrichtung ist niedrig genug gehalten, um jedem ihren Kauf zu ermöglichen, der jemals in die Lage kommen könnte, Wertsachen mit sich herumzutragen.



Familie und Heim



Menschheits-Pfingsten

Es singt die bunte Lenzesbracht
Des Pfingstengeistes Schaffenslied,
Daß Frucht soll werden, was zur Pfingsten
In froher Fruchtverheißung blüht;
Es braust Lied von Saat und Ernte
In Machtakkorden durch das All
Und weckt in allen Menschenherzen
Lebendig frohen Widerhall!

Wirf ab, o Mensch, was dich bedrückt,
Sieh dieses Spiel geheimer Kraft!
Es lehrt dich, daß Erfolg nur erntet,
Wer eindringt und beharrlich schafft!
Und sind die Zeiten noch so trübe,
Ermanne dich und fasse Mut,
Erhebe dich mit Kraft und Willen
Zu neugebor'ner Lebensglut!

Es muß nicht sein, daß du nur frondest,
Indes die Früchte andre ernten,
Die deine Arbeitsfaust verachten,
Obwohl sie selbst nie schaffen lernten!
Es muß nicht sein, daß Menschen hungern,
Weil ihnen Brot und Arbeit fehlt,
Es muß nicht sein, daß blasses Elend
Und Not Millionen Menschen quält!

Dies große Unrecht muß verschwinden!
Deshalb ermannet euch, werdet wach!
Weißt eure Kraft und euren Willen
Dem Kampfe gegen diese Schmach!
Hinweg mit Kleinmut! Trotz der Schwere
Des Schicksals pflegt die Hoffnungsaat
Und rüstet willensstark und mutig
Zur kraftentschlossenen Erntetat!

Jawohl, der Kleinmut muß verwehen!
Aus Tatkraft, Mut und Einigkeit
Wird tausendfache Kraft erstehen,
Die euch aus Nacht und Not befreit!
Die Ernte winkt; sie grüßt die Schütler,
Sie ruft zur Tat auch den Geringsten!
So reißt durch Nacht und Sturmgewitter
Dem Arbeitsvolk das Menschheits-Pfingsten

Tae fs.

Der heilige Geist des Kampfes

Pfingstfest in furchtbarster Notzeit! In der Zeit einer Krise, wie die Welt sie niemals gesehen, das Fest des Durchgültseins von einem Glauben und der Heiligkeit einer Idee! Es ist begreiflich, wenn viele von diesen Alltagsorgen müde geworden und nicht mehr den Schwung besitzen, mit dem allein das Pfingstfest gefeiert werden kann.

Pfingsten ist das Fest des heiligen Geistes, der da immer und immer in denen gewesen ist, die aus dem Alten heraus sich zwingen, glaubend, vorwärts. Die da durchdrungen waren von einer Überzeugung. Die da besessen waren von einer Idee und nicht anders konnten, als zu künden und zu künden und zu künden.

Nie aber war die Idee, die gekündet wurde, so hehr und so weisend zu höchsten und niemals geahnten Zielen wie heute. Müßte da nicht alle Welt unter der Glut solch eines Gedankens erschüttert sein? Müßte da nicht in allen, ja allen, eine heilige Unruhe leben, ein Wollen und Müssen? Und ein Bedürfnis, immer zu künden und immer zu werben, und immer neu zu erfüllen mit dem heiligen Geiste des ganz Neuen alle?

Und doch diese Müdigkeit bei so vielen, diese Gleichgültigkeit! Diese Teilnahmslosigkeit gegenüber solch einem Gedanken.

Bei allem Verständnis für die Last, die Not für die Seele bedeutet: es darf nicht sein, daß diese Not das Beste in uns, das Göttliche in uns, den Glauben in uns erstickt. Es darf nicht sein, daß Menschen sich gehen lassen ohne Widerstand, und sich hinreißen lassen ohne Empörung in den Strudel des Geistes dieser überlebten Umwelt.

Stemmet euch an! Rafft die Fetzen eurer zerrissenen Seele zusammen! Es darf nicht sein, daß ihr in

dieser Krisenzeit ersterbt, weil diese Zeit in euch den Morgen ertötet. Den Trotz. Die Kraft. Den Willen.

Reckt euch! Besinnt euch! Schüttelt den Schutt des erbärmlichen Alltags einmal von eurer Seele hinweg! Und ihr fühlt es, ihr fühlt es alle, daß in euch trotz alledem immer noch etwas von eurer Bestimmung lebt: die Welt unter der Glut einer großen Idee zu wandeln.

Aftergeister sind heute bemüht, die Menschen einzuspannen. Krämer des Geistes fangen so manchen ein mit Scheinidealen. Kleinbürger suchen das Rad der Zeit mit kleinlicher Gesinnung zu halten. So ist es, wenn eine Weltenstunde der Zeit sich wendet: nicht alle sind zum Erfassen dieses Unerhörten reif.

Welche Aufgabe für euch, ihr Schaffenden alle, die ihr im Grunde eures Wesens von dem Kern des großen Gedankens durchdrungen seid! Lernt ihn erleben! Seid von dieser Größe gepackt! Seid durchzittert! Daß ein heiliges Muß durch eure Adern rollt! Wir wenden die Stunde der Geschichte nicht vorwärts ohne den heiligen Geist.

Nur ein großes Geschlecht kann eine große Stunde wenden. Und groß ist nur das Geschlecht, das glaubt und glaubt.

„Ohne Leidenschaft“, sagte Lassalle, „ist in der Geschichte noch nie ein Stein von dem anderen gerückt.“

Pfingsten ist das Fest der Feste, weil es die Feier des Gefühls der Gefühle ist. Weil es die Leidenschaft einer heiligen Begeisterung feiert. Die feurige Liebe zur großen Idee. Den glühenden Glauben an das kaum Mögliche.

Das dennoch wird und noch schöner wird. Weil es schon ist. In uns. Wenn wir es glauben.

Dr. Gustav Hoffmann.

Das Leben der Marie Szameitat

Von Josef Maria Frank

Copyright 1930 by „Der Bücherkreis GmbH“, Berlin 1931

VII.

Allmählich war Marie sich darüber klar geworden, daß das Ende auch das Ende ihres Hienseins bedeutete. Das Herrenhaus war keine Käte. In der Käte wäre das ein Wurm mehr gewesen und sonst nichts; im Herrenhaus war es ein Makel, der das Herrenhaus beleidigte. Sie wußte, man würde sie hinausjagen mit Schimpf und Schande, wie damals vor Jahren die junge Köchin, die sich mit dem Volontär eingelassen hatte. Der Volontär aber war heute Verwalter. Marie verstand das nicht.

Marie begann in diesen Nächten das Kind zu hassen. Und einmal, als sie nachts aufwachte aus einem Traum, in dem sie sich selbst gesehen hatte, wie sie ihr Kind an der Brust hielt, es gern hätte, küßte, mit ihm spielte und lachte, wurde ihr Haß so gewaltig und erregt, daß sie wünschte, das Kind töten zu können. Ihr Verstand, der das neue, werdende Leben fürchtete und hassen mußte, und ihr schon mütterliches Herz, das jetzt schon unbewußt das Kind bildete und liebte, kämpften einen furchterlichen Kampf miteinander.

Auch darüber dachte Marie nach und fand sich nicht zu recht. Sie stand — wieder hatte sie keine Ruhe gefunden — am Fenster und stierte hoffnungslos hinaus. Zum ersten Male bewußt sah sie den See wieder. Sternklare Nacht, tiefes Kobaltblau wälzte sich über ihm; der Mond stand über einer einzelnen Wolke, deren gezackter Rand silbergrau hinter-schimmerte; der seltsam geförnte Schatten der Wolke schwebte langsam über dem stahlblau glänzenden Wasserspiegel.

Da dachte Marie, daß sie im See vielleicht Ruhe finden könnte, Ruhe für sich und ihr Kind, Erlösung von Not und Elend. Sie spielte mit dem Gedanken, stellte sich Verwirklichung vor. Sie erkannte, daß sie es niemals tun könnte. Es war nicht Freiheit, die beunzte. Auch nicht Furcht vor Gott, zu den sie glaubte. Es war das Leben, das sie liebte und das sie nicht töten durfte, weil es Inhalt ihres Denkens war. Sie konnte es nicht. Doch — was sollte sie tun? Was, was konnte sie tun? Sie frag es laut, sich ans Herz schlagend, an die Schläfen hämmelnd. Es kam keine Antwort, weder von dort, noch von da.

Wie eine Schlafwandlerin ging sie durch Tag und Nacht. Sie fand nicht mehr die Kraft, sich zu beherrschen. Sie verlor die Kraft zu denken. Sie war wehrlos und willenlos und wartete nur mehr.

Es war nichts mehr zu verbergen. Man sah sie schon mißtrauisch prüfend an. Man flüsterte um sie. Gerüchte wanderten

aus den Katen über den Hof, schlichen durch die Korridore ins Herrenhaus. Die Flamme unter der Asche züngelte schon hervor. Marie sah das Ende nahen.

Sie wußte nicht mehr ein und aus. Sie mußte mit irgendeinem Menschen sprechen. Wer stand ihr näher als die Mutter? So ging sie, als sie den Vater im Dorf und die Geschwister in der Druschenke wußte, und gestand. In dürren Worten, die alles sagten und nichts beschönigten und doch — so schien es nun Marie selbst, die seltsamerweise niemals darüber nachgedacht hatte — von aller Schuld freisprechen.

Maries erlösendes Wimmern und der Mutter hilfloses Stöhnen tropften durch die Stille der dunstigen Kammer, in der es bellend nach feuchter Wäsche und Krankenstube roch. Großvater, der schon fast taub und kinüsch geworden war, schlief und sein Atmen rasselte eintönig. Das heisere Schnarren seiner Lunge mischte sich gleichgültig in das nun ungehemmte Weinen der beiden Frauen.

Schwerfällig hob sich die Mutter vom Stuhl. Müde, im Minuten um Jahre gealtert. Schen stand sie vor Marie und umfing sie mit einem Blick, der Liebe und Verstehen in sich schloß. Sie sprach mit keinem Wort von dem nun Unabwendbaren. Es war ja doch. Was sollte sie sagen! Sie konnte nicht anklagen und wollte nicht freisprechen.

Sie legte schwer ihre harte Hand auf Maries Schulter und befahl, zum zur Herrin zu gehen und ihr alles zu sagen. So, wie sie es ihr gesagt habe. Dann werde man weiter sehen.

Marie nickte. Das, was nun kommen mußte, wurde ihr nicht mehr schwer. Sie fühlte sich befreit. Und sie wollte nun tragen, was sie tragen mußte.

Unendlich schwer, doch fest ging sie zur Tür, während die Mutter, plötzlich wieder weinend, sich zum Ofen drehte und abwandte. Die Tür fiel ins Schloß. Marie stand vor der Käte. Bewegungslos. Dann ging sie starr, holzern, fast automatisch schreitend über den Hof, Hinüber zum Herrenhaus. Zur Herrin.

Das war Maries bitterste Stunde. Die Herrin hatte sie ins Herrenhaus genommen, hatte sie in Schutz genommen und gern gehabt. Nun mußte sie die Herrin enttäuschen.

Doch diese war mütterlicher, als die Mutter gewesen war. Sie verstand zu sprechen und anzunehmen. Die Frau, die unter einem Manne litt, der sie hinterging und betrog, begriff und klebte nicht an. Wohl war die Frau zuerst erregt und enttäuscht gewesen; doch, während Marie in einfachen, armseligen Worten erzählte, wurde sie Güte. Aus der sonst so unabhären, wenn auch immer freundlichen Herrin wurde die Schwester. So nahm

sie dieser Stunde vieles an Schwere und Bitterkeit und stützte die Zusammengebrochene.

Sie versprach Marie, ihr weiter zu helfen. Allerdings — auf dem Gute dürfe sie vorerst nicht mehr bleiben. Das werde ihr Mann nicht dulden. Doch sie wolle nachdenken und werde schon Hilfe finden. Dann führte sie Marie in deren Kammer und bat die noch immer Weinende, dort zu warten, bis sie mit dem Herrn alles besprochen habe. Weiter bat sie Marie, sich zusammenzunehmen und die Hoffnung nicht sinken zu lassen. Sie werde schon einen Weg finden.

Marie nickte dankbar lächelnd. Sie konnte nicht sprechen. Sie ging schleppend zu dem Stuhl und setzte sich.

Nach vielleicht einer Stunde kam die Herrin wieder. Sie fand Marie noch immer auf dem Stuhl, in gleicher Haltung, schweigsam, hilflos lächelnd, doch nicht mehr weinend. So auch hörte Marie ihre Botschaft an.

Nun werde alles schon wieder gut werden. Sie habe eben mit einer Freundin in Königsberg, mit einer Dame von dem Frauenverein-Fürsorge telefoniert und alles vorbereitet. Sie möge sich also beruhigen. Zwar der Herr sei sehr böse und es sei schwer gewesen, ihn freundlicher zu stimmen. Aber er werde lange, daß sie noch heute abend das Gut verlasse. Das sei ja auch besser für sie, da rätselhafterweise der ganze Hof schon alles wisse. So habe sie wenigstens Ruhe. Sie bat Marie, ihre Sachen zusammenzupacken und sich fertigzumachen zur Reise. Sie gab ihr dann einen Brief, auf dem Namen und Adresse der Königsberger Dame stand, zu der Marie hingehen müsse. Diese Dame werde schon alles in Ordnung bringen, ihr helfen und ihr auch in Königsberg im Heim der Fürsorge, wo Marie in guten Händen sei und ihr Kind zur Welt bringen könne, Unterkunft verschaffen.

Marie, die zu allem genickt hatte, stand auf. Schweigsam ging sie im Zimmer herum, ihre wenigen Sachen zusammenzutragen. Sie nahm ein großes Umschlagetuch, breitete es auseinander, legte es auf das Bett und glättete das Tuch mechanisch, gedanklos mit der Hand. Sie legte ihre Kleider, die sie sorgfältig faltete, einige Tücher, Wäsche und kleinen Kram auf das Tuch. Die Frau, die neben ihr stand und schweigsam zusah, tröstete wieder mit warmer, gütiger Stimme.

Marie brauche sich keine Sorgen zu machen. Sie habe auch noch Lohn zu bekommen. Den habe sie ihr mitgebracht.

Sie drückte Marie ein Portemonnaie in die Hand. Darin sei ihr Lohn. Und außerdem noch hundert Mark, die sie ihr schenke. Doch bat sie Marie, davon niemand etwas zu sagen. „Der Herr braucht das nicht zu wissen.“

Marie stand überrascht. Wandte sich nachdenklich um. Nein! Das wolle sie nicht. Das dürfe sie nicht annehmen. Sie wollte der Herrin das Portemonnaie wieder zurückgeben.

„Sei vernünftig, Marie. Du mußt das nehmen. Du wirst es schon brauchen. Nachher, zum Weiterfortkommen. In Königsberg brauchst du ja nichts. Da wird die Dame für dich sorgen. Aber nachher. Wir wissen ja noch nicht, was nachher aus dir wird, Marie. Hörst du? Also nimm schon. Und sei vernünftig.“

Marie stand noch immer. Wortlos, aber zitternd. Sie ungläubig die Frau an, die gütig lächelnd ihr zunickte. Aus roten verweinten Augen sah sie lange und fragend in die Augen der anderen.

Dann fiel sie plötzlich auf die Knie, schluchzte wieder auf, wild und hemmungslos, und küßte jäh der bestürzten Frau den Rocksäum. So wie alte Instleutefrauen es manchmal hier und da taten.

Die Frau schüttelte den Kopf, hob Marie auf, rüttelte sie. „Sei vernünftig, hörst du, armes Ding! Du mußt jetzt alle Kraft zusammennehmen. Du brauchst sie, Marie. Du willst doch nicht kaputtgehen, Marie.“

Da stand Marie. Reckte sich. Frei. Und sprach nach dem langen Schweigen ihr erstes Wort: „Ja!“ Und dieses „Ja!“ war wie ein Dank und ein Versprechen, war neue Hoffnung und war Bekenntnis.

Als am Abend Marie die Kammer verließ und mit ihrem lächerlich armen Bündel die Treppe hinunterstieg, um über den Hof zu gehen und von der Mutter Abschied zu nehmen, standen schon die Mägde und Knechte und Instleute in dichten Gruppen, um ja nichts zu verpassen.

Marie fand erst nicht den Mut, durch diese Gruppen hindurchzugehen. Dann dachte sie an das Versprechen, das sie der Herrin gegeben hatte, und nahm alle Kraft in sich zusammen. Sie ging vorwärts. Es war, als ob ein Verurteilter Spielbruten laufe. So eilte sie mit geducktem Rücken und tief gebeugtem Gesicht, immer den Schlag erwartend, zwischen die Neugierigen, die triumphierend, roh und gemein sie anlotzten und höhnisches Lachen und freche Rufe ihr nachsandten wie vergiftete Pfeile. Marie glaubte, unter dem Kreuz, das sie über den Hof trug, zusammenbrechen und unter den Peitschenhieben der Zugute aufschreiben zu müssen.

Ein Knecht sprang vor sie hin. Es war „Kraft“, der sie haßte. Er schlug ihr klatschend auf die Schulter und lachte sie an unter dem Gewieher der anderen: „Na, Marie? Wo wird der Bankert abgeladen?“ Marie kümmerte sich nicht um ihn, ging vorwärts, ohne nach rechts oder links zu blicken. Ein anderer wollte Kraft übertrumpfen: „Wievie! Trinkgeld hast du bezahlt dafür? Dem Kellner, Marie!“

Das ging über ihre Kraft und war zuviel Spott in ihrem Jammer. Sie ließ, ohne es zu wissen, ihr Bündel fallen und schlug aufwimmernd ihre zuckenden Hände wie Schutz und Mauer vor ihr Gesicht.

Wieder half die Herrin. Sie stand plötzlich neben ihr und hielt die Schwankende. Wie ertappt und verlegen schlich alles geduckt und lautlos fort in die Katen.

Marie nahm die Hände von den Augen. Der Hof war leer. Nur sie und die Frau standen da. Die Bücke sich, hob Maries Bündel auf und reichte es ihr. Marie beugte sich nieder und küßte lange und heiß die Hände der Herrin.

Vor dem Insthaus stand ein Wägelchen. Fertig angespannt. Alt-Koarl saß auf dem Bock und rauchte kalt. Die Frau hatte es erreicht, daß Marie zum Bahnhof gefahren wurde. Alt-Koarl hatte sich freiwillig erboten, Marie diesen Dienst zu erweisen.

Neben dem Wagen stand der Verwalter und sagte zu Alt-Koarl — so, daß Marie es im Vorbeigehen deutlich hören mußte: „Feine Fahren, die wir haben! Schweinerei, was? Daß wir jetzt schon für die Huren anspringen müssen!“

Alt-Koarl nahm gelassen die Pfeife aus dem Munde, besah sie sich kritisch mit dem linken Auge, kramte aus der Tasche eine halbe Stricknadel, stocherte damit in der Pfeife herum und hielt sie plötzlich dem Verwalter unter die Nase. „Jawull, Herr Inspekte! Ist is'n Schweinerei, Herr Inspekte!“ Der merkte den Seitenhieb, stand unentschlossen und ging dann. Marie dankte lächelnd zu Alt-Koarl herauf, der langsam und schwer und mehrmals ihr zunickte. Wie ein alter Freund. Marie freute sich, daß er sie fahren sollte.

Als sie in die Stube trat, war die Mutter allein. Sie stand am Herd und tat beschäftigt. „Schlimm ist! Das ganze Viehfutter soll man allein fertigmachen. Wie ich das schaffen soll! Ich hab keine Zeit. Vater und die andere sind in den Wald. Sie lassen dich grüßen. Und du sollst es dir gut gehen lassen. Ja. Laß es dir gut gehen. Und das Kind —“. Da brach sie ab.

(Wird fortgesetzt)



Sozialpolitik



Die Hygiene des Auges

Von Augenarzt Dr. med. Heinrich Flaschenträger

Die amerikanischen Bibliotheken enthalten keine Bücher in deutscher Druckschrift (Fraktur), die übrigens keine nationaldeutsche Schrift ist; sondern sie ist eine in allen europäischen Kulturländern durch Verschnörkelung der lateinischen Buchstaben entstandene Mönchsschrift. Im 16. Jahrhundert kehrte man in England, Frankreich und Italien zur Lateinschrift zurück, nur Deutschland behielt die Mönchsschrift bei. In Druck- und Schreibform ist die Fraktur für das Auge wegen der Überfülle und Verschlungenheit der Schriftzüge anstrengender, weniger klar als lateinische Schrift. Beim Lesen werden zwar nicht die einzelnen Buchstaben, sondern Wortbilder erfaßt, aber je einfacher das Bild, um so rascher wird es überblickt. Die vielen Verzerrungen und Schnörkel im Bruchteil eines Millimeters stellen an die Sehschärfe des Auges größere Anforderungen. Die großen deutschen $\mathfrak{A} \mathfrak{B} \mathfrak{C} \mathfrak{D} \mathfrak{E} \mathfrak{F} \mathfrak{G} \mathfrak{H} \mathfrak{I} \mathfrak{J} \mathfrak{K} \mathfrak{L} \mathfrak{M} \mathfrak{N} \mathfrak{O} \mathfrak{P} \mathfrak{Q} \mathfrak{R} \mathfrak{S} \mathfrak{T} \mathfrak{U} \mathfrak{V} \mathfrak{W} \mathfrak{X} \mathfrak{Y} \mathfrak{Z}$ -Buchstaben stehen in ihrer raschen und mühelosen Erkennung weit hinter den lateinischen BUCHSTABEN zurück. Mit Recht lernt daher der Abc-Schütze in der Volksschule zuerst die lateinische Schrift vor der deutschen, wodurch das Auge und das Gedächtnis mit vier Alphabeten weniger belastet wird. Der eifrigste Leser ist nicht imstande, irgendeinen Buchstaben der großen deutschen Druckschrift aus dem Gedächtnis nachzeichnen, zum Beispiel: \mathfrak{H} oder \mathfrak{B} .

Guter schwarzer Druck auf weißem, mattem Papier, ruhige Form und Größe der Buchstaben, reichlicher Zwischenraum bei den einzelnen Buchstaben, Worten und Zeilen lassen das Auge am wenigsten ermüden.

Bei schlechtem Druck, Durchschiemern der Buchstaben beim dünnen Papier, kleiner, enganliegender Schrift hilft man sich durch gute Beleuchtung, am besten durch Tageslicht. Im hellen, direkten Sonnenlicht leidet das Auge wegen der Blendung, welche die Regenbogenhaut zur stärksten Verkleinerung der Pupille zwingt, während bei Zwielicht die Netzhaut mit der Dunkelstellung des Auges versagt mit nachfolgender Müdigkeit und Kopfschmerzen.

In der Beleuchtungshygiene hat die elektrische Beleuchtung als Tischlampe alle anderen Beleuchtungsarten wegen der gleichmäßigen Helligkeit ohne Wärme und Gasentwicklung verdrängt. Die Lichtquelle darf nur die Arbeitsfläche beleuchten, während sich das Auge im Schatten befinden muß. Der Augenschirm, der in früheren Zeiten im Kontor getragen wurde, ist gesundheitlich durchaus anzuerkennen, und im praktischen Amerika trägt man ihn heute noch überall im Auto, im Geschäft, beim Sport.

Guter Druck und angenehme Beleuchtung genügen für manche Augen noch nicht, um ohne Anstrengung stundenlang lesen zu können. Dazu gehört eine wenig beliebte gesundheitliche Forderung, die Brille. Kein Mensch kommt im Laufe seines Lebens ohne sie aus. Rasche Ermüdung der Augen, Augenschmerzen, Verschwimmen und Undeutlichwerden beim Lesen und Handarbeiten deuten auf einen Brechungsfehler des Auges hin, das heißt: das Auge kann sich nicht scharf auf eine Lesentfernung von 30 bis 40 Zentimeter einstellen. Diese Schwäche des Auges, die auch beim kindlichen Auge vorkommt, macht sich mit dem 45. Lebensjahr beim sonst gesunden Auge bemerkbar und kann durch eine Brille gut behoben werden. Die Augengläser müssen aber genau für jedes einzelne Auge passen. Beststellbar durch Sehschärfenprüfung und Augenspiegeluntersuchung unter Berücksichtigung von Alter und Beschäftigung.

„Die alte Dame klagt, daß sie von Tag zu Tag schlechter sehe, die Brille nütze ihr rein gar nichts.“

„Ja, da müssen Sie sich mal eine neue anschaffen“, sagte ich, „wo haben Sie denn die alte gekauft?“

„Auf einer Versteigerung.“ (Ul.)

Schon in den ersten Schuljahren wird dem Kinde die gerade Haltung beim Lesen und Schreiben durch gute Worte des Lehrers und durch schräg geneigte Schreibunterlagen anezogen. Die waagerechte Platte des Schreibisches entspricht nicht den gesundheitlichen Forderungen für das Auge, besonders nicht bei Kurzsichtigen. Eine Schreibunterlage in schiefer Ebene mit einem Winkel von 12 Grad ist leicht herstellbar und ermöglicht dem Kurzsichtigen eine gerade Körperhaltung. Ein Buch soll beim Lesen schräg, wie das Notenblatt auf dem Musikständer, gehalten werden mit einem Augenabstand von 30 bis 40 cm. Bei richtiger Pflege des Auges kann die weit verbreitete Kurzsichtigkeit, welche in den Wachstumjahren auftritt und durch übertriebene Naharbeit verschlimmert wird, verringert werden. Nicht nur die Zähne, auch das Auge bedarf der Pflege von der Jugend bis ins Alter.

Eine beachtenswerte Warnung!

Wir warnen unsere Kollegen immer wieder vor unüberlegter Unterschriftsleistung. Genau so dringend ist eine Warnung vor den sogenannten Versicherungszeitschriften zu beachten. Die Vertreter benutzen sehr oft die Abwesenheit des Familienvaters und drängen der Hausfrau durch geschickte Überredungskünste ein Abonnement auf eine sogenannte Versicherungszeitschrift auf. Was sind eigentlich Versicherungszeitschriften? Es sind Wochen-, Halbmonats- oder Monatszeitschriften meist minderwertigen literarischen Inhalts, die mit einer sogenannten Versicherung verbunden sind. Allerdings ist die Versicherung nach Auffassung des größten Teiles der Fachwelt nur unzulänglichlicher Versicherungsersatz. Die Versicherungsbedingungen enthalten nämlich mannigfaltige Bestimmungen, die den Verleger der Versicherungszeitschrift bei Eintritt des Versicherungsfalles sehr oft von jeder Leistungspflicht befreien. Unsere Warnung sollte größte Beachtung finden. Ist in Kollegenkreisen das Bedürfnis nach literarischen Erzeugnissen vorhanden, bietet jede Volksbuchhandlung allen Geschmacksrichtungen genügend Auswahl, und den Versicherungsschutz erreicht jeder am besten durch den Abschluß einer Volks- bzw. Lebensversicherung bei einer soliden Versicherungsgesellschaft. Unsere Kollegen und Kollegen sollten wissen, welches Versicherungsunternehmen für sie in Betracht kommt.

Hilfe für Werkspensionäre

Die Vertreter christlicher Gewerkschaften gehen mit der Beabsichtigung krebend, daß ihr Reichsarbeitsminister Stegerwald Mittel herausgeholt habe, um notleidenden Werkspensionären, die von geschwächten Werks-Pensionskassen abhängig sind, Zuschüsse zu der Unterstützung zu gewähren. Dieser Fonds ist von freigewerkschaftlicher Seite im Jahre 1928 geschaffen worden. Der Fonds betrug im letzten Jahr 3,5 Millionen RM. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat sich für die Einleitung dieser Mittel im Etat ausgesprochen, hat aber abgelehnt. Diese Mittel für die Inhaber von Guthaben bei Werks-Pensionskassen bereitzustellen. Die Mittel stehen nur zur Verfügung, um notleidenden Werkspensionskassen Zuschüsse zu

Der böse Blinddarm

Wenn der Arzt eine Blinddarmentzündung festgestellt hat, pflegt den Kranken und seine Umgebung Furcht und Sorge zu beschleichen. Indessen diese Furcht ist im allgemeinen unbegründet, falls der Arzt zu rechter Zeit zu Rate gezogen wurde. Denn seit Ende des vorigen Jahrhunderts besitzt die ärztliche Wissenschaft durch die Möglichkeit der operativen Entfernung des erkrankten Organes ein Mittel, den Kranken, sofern sich die Krankheit noch im Anfangsstadium befindet, so gut wie sicher von seinem Leiden zu heilen. Während bei dem ohne Operation behandelten, an Blinddarmentzündung Erkrankten die Sterblichkeit im allgemeinen 5 bis 12 vH beträgt, schwankt sie bei der frühzeitigen chirurgischen Behandlung zwischen 0,4 und 2 vH. Es ergibt sich daraus, daß unter besonders günstigen Umständen eine Blinddarmentzündung auch ohne Operation glücklich verlaufen und der Patient mit dem Leben davonkommen kann. Leider hat aber diese Tatsache in den letzten Jahren sowohl bei den Ärzten wie bei dem Publikum eine gewisse unberechtigte Messerschau hervorgerufen, und dadurch ist, wie statistische Nachweisungen ergeben,

mancher Kranke, der sonst hätte gerettet werden können, der Krankheit zum Opfer gefallen.

Deshalb hat vor kurzem das Preußische Ministerium für Volkswohlfahrt ein Merkblatt zur Information der Ärzte über die Blinddarmentzündung herausgegeben. In diesem Merkblatt wird die Zahl der jährlich in Deutschland an Blinddarmentzündung gezählten Todesfälle auf über 4000 angegeben und die Ärzteschaft dringend darauf hingewiesen, im Falle einer Blinddarmentzündung ihre Patienten möglichst umgehend der Operation zuzuführen. Sicherlich wird kein Arzt in Zukunft zögern, sobald er es mit seinem Wissen und Gewissen verantworten kann, einem Kranken, bei dem es sich um Blinddarmentzündung handelt, die schleunige Operation anzuraten. Voraussetzung dafür ist freilich, daß der Arzt vom Kranken oder von dessen Umgebung so rasch wie möglich, also schon beim Einsetzen der ersten Krankheitserscheinungen, zu Rate gezogen wird. Deshalb ist aber auch eine weitgehende Belehrung des Publikums über die Erscheinungen, unter denen sich eine Blinddarmentzündung bemerkbar macht, erforderlich.

Die Blinddarmentzündung entwickelt sich in der Regel ganz plötzlich, aus vollster Gesundheit heraus, mit Leibschmerzen, die meist in der rechten Unterbauchseite ihren Sitz haben. Fast immer ist gleichzeitig die Körpertemperatur erhöht und der Stuhlgang angehalten, oft bestehen auch Übelkeit und Erbrechen. Diese Beschwerden nehmen ihren Ausgang von einer Entzündung, die sich im Wurmfortsatz, einem wurmartigen Anhang des Blinddarms, abspielt. Schon nach wenigen Stunden kann es dabei zur Eiterbildung und zum Bersten des Wurmfortsatzes kommen, womit eine fast stets tödlich endende Bauchfellentzündung ihren Anfang nimmt. Darum soll nie beim Auftreten eines oder mehrerer der erwähnten Anzeichen mit der Hinzuziehung eines Arztes gezögert oder gar dem Rate unverantwortlicher Kurpfuscher gefolgt werden, denn kostbare Minuten gehen so verloren. Wichtig ist fernerhin zu wissen, daß auch diejenigen, die vor Jahr und Tag einmal eine Blinddarmentzündung ohne Operation überwunden haben, gegen eine Wiedererkrankung nicht gefeit sind. Vielmehr neigen solche Menschen leicht zu Neuerkrankungen. Deshalb ist es empfehlenswert, auch in der sogenannten anfallfreien Zeit die Gefahrenquelle auf operativem Wege aus dem Körper entfernen zu lassen, zumal nach dem heutigen Stande der Wissenschaft der Wurmfortsatz für die Funktionen des menschlichen Organismus ohne jede Bedeutung ist.

Als Ursache für die Blinddarmentzündung hat man im Volke alle möglichen Dinge angegeben, jedoch sind die gelegentlich im operativ entfernten Wurmfortsatz gefundenen Emaillesplitter, Borsten von Zahnbürsten, Eingeweidewürmer, Fischgräten usw. wohl mit Unrecht für die Erkrankung verantwortlich gemacht worden, da man sie nur in ganz vereinzelter Fällen findet. Die Wissenschaft nimmt heutzutage an, daß es sich bei der Entzündung des Wurmfortsatzes, also bei der Blinddarmentzündung, ebenso wie zum Beispiel bei der Mandelentzündung, um eine Einwanderung von bestimmten Bakterien als den eigentlichen Krankheitserregern handelt. Daß nebenbei Reizungen der Darmschleimhaut oder Darmkatarrhe, die durch ungeeignete Kost hervorgerufen sind, eine Rolle spielen, steht außer Frage.

Mit Rücksicht auf die durch die vorerwähnten statistischen Nachweisungen und jahrzehntelangen Erfahrungen erhärtete Tatsache, daß bei frühzeitiger, das heißt längstens in den ersten 48 Stunden, vorgenommener Operation die Blinddarmentzündung so gut wie immer gutartig verläuft, sollte daher jeder bei den ersten Anzeichen der Krankheit sich in eigenstem Interesse sofort ärztlicher Hilfe versichern, und die vom Arzte für erforderlich gehaltene, schleunige Operation sollte nicht durch Unverständnis oder sonstige Hemmungen zum Schaden des Kranken verzögert werden.

Dr. Curt Kayser, Berlin-Wilmersdorf.

Umsicht! Vorsicht! Rücksicht!

Jede Ablenkung von der Arbeit bedeutet Gefahr! Nur volle Aufmerksamkeit macht es möglich, all die kleinen Fehlgriffe, Unachtsamkeiten, Versehen zu vermeiden, die so leicht Unfälle heraufbeschwören. Jede Maschine birgt ihre Unfallgefahren. Alle bewegten Teile können nicht durch Schutzvorrichtungen abgedeckt werden, sonst würde die Arbeit unmöglich gemacht oder sinnlos erschwert. Also ist und bleibt es unbedingtes Erfordernis, daß der Arbeiter an der Maschine „bei der Sache ist“.



Steh ich an der Maschine dran, Quatsch' mich nicht von der Seite an!

Bestell-Nr. — 251 — der Unfallverhütungsbild. G. m. b. H. Berlin W 9, beim Verband der Deutschen Betriebsgenossenschaften

Das aber muß auch jeder berücksichtigen und nicht rückwärtslos einen Arbeiter an seiner in Gang befindlichen Maschine stören. Oft ist deren Geräusch so stark, daß er nichts von dem Anderen gehört und gemerkt hat. Berührung oder Anruf kann ein Erschrecken und dadurch irgendeine unvorsichtige Bewegung auslösen und so einen Unfall herbeiführen. Man wird es daher zweckmäßig unterlassen, einem an einer gefährlichen Maschine Arbeitenden während der Arbeitszeit irgendwie aufregende, besonders ärgerliche oder vielleicht auch besonders stark erfreuliche Mitteilungen zu machen.

gewähren. Die Mittel reichen nicht aus, um allen Pensionären zu helfen, nur schwere Fälle können berücksichtigt werden. Der Entscheid hängt vom Reichsarbeitsminister ab. Die Richtlinien für die Bewilligung der Gelder sind sehr oberflächlich gehalten und das hat zur Folge gehabt, daß die Zuschüsse keine gleichmäßige Verteilung fanden. Das Parlament sollte eine schärfere Fassung vornehmen. Unsere Kollegen müssen, wenn sie durch notleidende Werks-Pensionskassen benachteiligt sind, Anträge auf Bewilligung von Mitteln aus diesem Fonds an das Reichsarbeitsministerium stellen. Meldung an die Ortsverwaltungen ist erforderlich.

Leistungsanspruch in der Sozialversicherung

In Nummer 15 der Metallarbeiter-Zeitung veröffentlichten wir einen Schriftsatz, der sich mit der Erhaltung der Anwartschaft in der Sozialversicherung befaßt. Darin war eine Unklarheit enthalten, die hiermit richtig gestellt sei.

Im Artikel heißt es: Zur Erhaltung der Anwartschaft müssen in zwei Jahren mindestens 20 Beitragsmarken geklebt werden, andernfalls erlischt die Anwartschaft, der Versicherte hat keinen Anspruch mehr. Es muß heißen: Zur Erhaltung der Anwartschaft sind in zwei Jahren, von dem Ausstellungstage der Quittungskarte an gerechnet, mindestens 20 Beitragsmarken entsprechend dem jeweiligen Einkommen, mindestens aber der Lohnklasse II zu verwenden. Diese Voraussetzungen sind unter allen Umständen zu erfüllen.

Mißstände im Autogenschweißerberuf

Unter dieser Überschrift veröffentlichte der Kollege R. Piper eine Notiz in der Metallarbeiter-Zeitung, Nummer 10. Es ist aus dem Artikel nicht ersichtlich, welche Kurse der Kollege Piper meint. In den verschiedensten Betrieben, besonders Klein- und Handwerksbetrieben geht die Alernerie vor sich, ohne daß die Lehrkräfte über die notwendigen Fachkenntnisse verfügen. Diese Ausbildung ist unbedingt zu verwerfen. Verschiedens

Großbetriebe, besonders diejenigen, welche auf besondere Qualität ihrer Schweißungen Wert legen, bilden ihre Schweißer in geregelter 3-4 jähriger Lehrzeit aus. Diese Betriebe haben auf Grund ihrer Erfahrungen begriffen, daß die Schweißerei ebensoviel Fachkenntnisse erfordert wie jeder andere Beruf. Ebensowenig, wie jemand ein Werkzeugmacher ist, der einen Meißel anschärfen kann, ebensowenig ist der ein Schweißer, welcher ein paar Stückchen Eisenblech zusammenklebt.

Auf Grund der gemachten Erfahrungen, verlangten deshalb die im DMV organisierten Schweißer eine geregelte Ausbildung. Diese Forderung wurde im Jahre 1926 auf der Reichskonferenz der Schweißer im DMV in Leipzig beschlossen. Es wurde als erster Punkt die Errichtung von Schweißschulen unter staatlicher Leitung verlangt. An zweiter Stelle stand die Forderung, der Prüfung aller mit der autogenen Metallbearbeitung beschäftigten Personen.

Seit dem Jahre 1927 sind einige Schulwerkstätten errichtet worden, welche unter Mitwirkung der kommunalen Berufsschuldeputation stehen. Als erste Schulwerkstatt in Deutschland besteht seit dem Jahre 1927 die in Berlin. In den nachfolgenden Jahren wurden auf derselben Grundlage in einigen anderen Orten ebenfalls welche errichtet. Diese Werkstätten sind als Fachschulen für die Schweißer zu betrachten. Es wird dort unter fachkundiger Leitung den angehenden oder schon im Fach tätigen Schweißern das notwendige Wissen vermittelt, wozu in den Betrieben nicht immer die Möglichkeit vorhanden ist. Diese Schulen sind demnach eine gute Ergänzung für die praktische Ausbildung in den Betrieben.

Alle Fachleute sind darüber einig, daß die Frage der Ausbildung der Schweißer endgültig geregelt werden muß; denn eine Ausbildung von Schweißern nur in einem Kursus genügt nicht. Kollege Piper gibt das ebenfalls zu. Soweit die Kurse zur Weiterbildung in Frage kommen, sind sie gut und verdienen weitgehende Förderung, wobei auch die Frage der Berufsbildung, der aus anderen Berufen durch die Schweißerei Freigesetzten mit in den Kreis der Betrachtung gezogen werden muß.

Paul Marunde, Berlin.



Verbandsleben



Eine „unverzeiliche Dummheit“ — die RGO

Das Streben der Kommunisten nach gewerkschaftlicher Selbständigkeit hat, soweit ich zu sehen vermag, erstmalig im Berliner Metallgewerbe greifbare Formen angenommen. Weitere Früchte der neuesten Gewerkschaftsspalterei der Kommunisten haben dann der Bergbau und das Baugewerbe zu verzeichnen gehabt. Und wenn nicht alles trügt, werden die Kommunisten diese Anschläge gegen die Einheit und Kampfkraft des Proletariats fortsetzen. Wenn wir auch die Gewißheit haben, daß die neuesten Gewerkschaftsläden der „Einheitsfrontler“ bald ebenso Konkurs machen werden wie die früheren, so dürfen wir dennoch nichts unversucht lassen, den Krampfzeugnissen der RGO in sachlich schärfster Weise zu Leibe zu gehen.

Es dürfte daher jedem Gewerkschafter wichtig genug sein, zu wissen, was die bedeutendsten Führer der kommunistischen Bewegung für eine Auffassung über die Gründung eigener kommunistischer Gewerkschaften vertreten haben. Da ist vor allem beachtenswert, was Lenin, der für die meisten Parteikommunisten unfehlbare Führer, zu der gewerkschaftlichen Spalterei seiner Anhänger meinte. In seiner bekannten Schrift: „Der Radikalismus, die Kinderkrankheit des Kommunismus“ äußerte sich Lenin wie folgt:

„Als ebenso lächerlicher, kindischer Unsinn muß uns das gewichtige, ungeheuer gelahrte und furchtbar revolutionäre Geschwätz der deutschen ‚Linken‘ über das Thema erscheinen, daß Kommunisten in den reaktionären Gewerkschaftsverbänden nicht arbeiten können und nicht arbeiten sollen; daß es erlaubt sei, auf diese Arbeit zu verzichten; daß man die Gewerkschaftsverbände verlassen und eine unbedingt ganz nagelneue, fein säubliche, von äußerst netten (und meistens wahrscheinlich sehr jugendlichen) Kommunisten ausgedachte ‚Arbeiter-Union‘ schaffen müsse...“

Lenin sagte das nicht etwa aus Freundschaft zu uns, den „Reformisten“, im Gegenteil, für ihn sind wir — reaktionär. Seine Auffassung hinderte ihn aber nicht daran, besonders seinen deutschen „Radikalen“ folgendes Kompliment zu machen:

„... Austritt aus den Gewerkschaftsverbänden! Ablenkung der Arbeit in ihnen! Schaffung neuer ausgeklügelter Formen für die Organisation der Arbeiter! Das ist eine unverzeiliche Dummheit, die gleichbedeutend mit dem größten Dienst ist, den Kommunisten der Bourgeoisie erweisen können.“

Die Auffassung Lenins wurde in vielen Kongreßbeschlüssen, Entschliebungen und kommunistischen Lehrbüchern als bindend für alle kommunistischen Parteien festgelegt. Seine Auffassung entsprang der einfachen Erkenntnis, daß die Gewerkschaften in Deutschland der ausschlaggebende Teil der Arbeiterklasse sind. Darum auch folgende Stellung gegen die linken Schreier:

„... Gerade die sinnlose ‚Theorie‘ der Nichtbeteiligung der Kommunisten an den reaktionären Gewerkschaften offenbart in der anschaulichsten Weise den Leichtsinn dieser ‚linken‘ Kommunisten in der Frage des Einflusses auf die ‚Massen‘, den Mißbrauch, den sie mit ihrem Geschrei von der ‚Masse‘ treiben.“

Was die KPD heute gewerkschaftlich macht, ist, wie man sieht, gerade das Gegenteil von dem, was Lenin lehrte oder, um einmal die Sprache der Kommunisten zu gebrauchen: Die KPD hat Lenin verraten!

Nach Lenins Tod wurde Stalin die wichtigste Figur im kommunistischen Lager. In seinem Buche: „Probleme des Leninismus“ beschäftigt er sich mit der Richtung, die mit der „antirevolutionären Lösung“: „Heraus aus den Gewerkschaften!“ hausieren geht, und er sagt den Vertretern dieser Art von Kommunismus:

„... Es muß ausgesprochen werden, daß niemand der kommunistischen Bewegung im Westen soviel Schaden zufügen kann wie diese und ähnliche ‚Kommunisten‘. Diese Leute wollen die Gewerkschaften von außen her attackieren, indem sie sie als feindliches Lager betrachten. Sie begreifen nicht, daß bei einer solchen Politik die Arbeiter sie (die Kommunisten) naturgemäß eben als Feinde betrachten werden.“

Wir werden als freie Gewerkschafter die RGO als das betrachten, was sie in Wirklichkeit ist: eine bewußt oder unbewußt gegen die Arbeitersache gerichtete Organisation. Dafür, daß die kommunistische Zersplitterung oft ganz bewußt betrieben wird, boten die letzten Betriebsratswahlen bei den „Vereinigten Elektrizitätswerken Westfalen“ ein geradezu treffendes Beispiel.

Seit Jahren wurden die Mandate dieses Betriebsrates vom DMV besetzt, die Mitglieder gehörten zum beträchtlichen Teil der KPD an. Da die Tätigkeit der Betriebsratsmitglieder den Interessen unserer Verbandsmitglieder durchaus entsprach, bestanden keinerlei Bedenken, die Kollegen auch in diesem Jahre kandidieren zu lassen. Allein, das war eine Rechnung ohne die Obrigkeit der KPD. Sie verlangte von ihren Getreuen, daß auf der DMV-Liste auch ein Mann von der RGO komme, der aber nicht Mitglied unseres Verbandes ist. Das lehnten nicht nur unsere Verbandsmitglieder im Betriebe ab, sondern auch der größte Teil der kommunistischen Kollegen selbst. Die KPD aber bestand auf ihrer „Linie“, und sie stellte eine eigene Liste auf. Das war das Signal für die sich früher zu schwach fühlenden Gegner des DMV. Die Christen rührten sich und stellten ebenfalls eine eigene Liste auf. Bei den Angestellten war das Echo dieses Tuns der „Einheitsfrontler“ eine noch größere Anzahl von Listen. Und der Erfolg für die KPD? Einige von den wenigen ihrer brauchbaren Genossen hat sie ausgeschlossen und bei der Wahl einen Betriebs- und einen Arbeiterrat abbekommen, während auf unserer Verbandsliste vier ihrer Mitglieder an ganz sicherer Stelle standen.

An diesem Beispiel soll lediglich gezeigt werden, daß es der KPD gar nicht darauf ankommt, wirkliche Vertretungen der Arbeiter mit verantwortungsbewußten Mitgliedern zu besetzen, sondern mehr auf die Durchführung ihrer Politik, sei sie auch noch so widersinnig und schädlich für die Arbeiterklasse.

Berechnung der Krisenunterstützung

Die Berechnung der Krisenunterstützung wurde von den Arbeitsämtern verschieden gehandhabt. Der Reichsarbeitsminister hat durch Beschluß vom 2. März 1931 nun Klarheit und Einheitlichkeit geschaffen. Dieser Beschluß lautet:

„Nach Artikel 1 Abs. 2 der Verordnung über die Krisenfürsorge für Arbeitslose vom 11. Oktober 1930 (Reichsarbeitsblatt, Seite 219) ist bei Berechnung der Krisenunterstützung von der Lohnklasse auszugehen, in die der Arbeitslose nach § 105 Abs. 1 des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung gehört. Eine doppelte Herabsetzung, zuerst nach den Vorschriften der §§ 105a und 107a des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung und dann nach Artikel 1 Abs. 2 der Verordnung über die Krisenfürsorge für Arbeitslose findet demnach nicht statt (vgl. auch Beispiel im Reichsarbeitsblatt 1930, S. II 456).“

Soweit in den einzelnen Arbeitsämtern nicht nach diesen Richtlinien berechnet wurde, müssen die Krisenunterstützungsempfänger Anträge auf Nachberechnung und Nachzahlung der irrümlicherweise berechneten Unterstützung stellen.

Da bei der Krisenunterstützung die Bedürftigkeit des Unterstützten in den Vordergrund gestellt wird, werden die Einkommen des Unterstützungsempfängers mit Ausnahme der in Art. 5 der Krisenverordnung benannten Bezüge auf die Krisenunterstützung angerechnet. Von dem Gesamteinkommen sind nur 20 vH des Unterstützungsbetrages anrechnungsfrei. Also Renten aller Art mit Ausnahme der Zusatzrente, auch Mietzinsentnahmen, werden angerechnet. Vom Einkommen der Angehörigen des Arbeitslosen wird auf die Krisenunterstützung jener Betrag angerechnet, der 20 M die Woche übersteigt. Dieser Betrag von 20 M erhöht sich für jede Person, die der Angehörige des Arbeitslosen auf Grund einer familienrechtlichen Unterhaltspflicht ganz oder überwiegend unterhält, um 10 M. Als Angehörige gelten der Ehegatte, die Eltern, Voreltern und Abkömmlinge, soweit sie mit dem Arbeitslosen im gleichen Haushalt leben.

In die Gruppenversicherung gepreßt!

Wir haben uns hier schon mit der Gruppenversicherung der Automobilfabrik Opel in Rüsselsheim beschäftigt, wobei diese aus Amerika eingeschleppte, für den Unternehmer recht profitliche Wohltäterei gekennzeichneter wurde. Die Firma Opel, die von der General Motors Co. kontrolliert wird, berichtet der Öffentlichkeit, daß 90 vH der Belegschaft der Gruppenversicherung beigetreten sind. Mag sein, nur hätte man nicht vergessen sollen beizufügen, wie die Beitrittserklärungen zustande gekommen sind. Hierüber heißt es in einem Schreiben des zuständigen Vertrauensmannes der Volksfürsorge: „Von den einzelnen Betriebsleitern wurde ein gewisser Zwang ausgeübt, der Gruppenversicherung beizutreten. Einer unserer Vertrauensleute wurde nach seinen Angaben in die Abteilung Hofarbeit, also eine minderwertigere Arbeitsstelle, versetzt; anderen Werksangehörigen wurde gesagt: ‚Wenn ihr nicht beitretet und es kommt wieder eine Krise, wissen wir auch, was wir zu tun haben.‘ Einem anderen Mitarbeiter wurde vom Meister gesagt: ‚Damit du vollarbeiten kannst, habe ich dich aus der anderen Abteilung geholt und du willst den Beitritt verweigern?‘“

Wenn man derart für eine Sache werben muß, dann kann es mit Güte nicht allzuweit her sein. Wir hätten von der Firma Opel erwartet, daß sie ihren Arbeitern und Angestellten den Beitritt vollkommen freigestellt hätte. Mit Zwangsmitteln zu prunken, sieht nicht nach Stärke aus.

Straßenbenennung nach Gewerkschaftern

Unter dieser Überschrift brachten wir in Nr. 16 eine aus Hamburg stammende Notiz. Von einem Leser wird uns nun mitgeteilt, daß diese Notiz erstens nicht vollständig ist, und daß sie zweitens einige Irrtümer enthält. Dann fährt die Zuschrift fort: Es sind in Hamburg noch mehr Männer, die als Arbeiterführer, Genossenschaftler und Redakteure gewirkt haben, deren Straßenbenennung verweigert worden. Unter anderem A u d o r f, der Dichter der Arbeitermarschälle, Bömelburg, der frühere Vorsitzende des Baugewerksbundes, der Arbeitersekretär Grosse, die alten Sozialisten Geib und Hasenclever, Helma Steinbach, v. Elm, Molkenbühr, Postelt, Stengele und J. Wedde. Ferner haben wir einen Stolten-Park, benannt nach dem Genossen Otto Stolten, der 1901 als erster Sozialdemokrat in die Bürgerschaft kam und nach dem Umsturz 2. Bürgermeister wurde. Außerdem gibt es eine Bebel-Allee und einen Bebelstieg. In der Notiz in Nr. 16 wird von Ignaz Auer gesagt, daß er Mitglied der Bürgerschaft gewesen sei. Das ist ein Irrtum, denn Auer war nie Mitglied der Bürgerschaft und lebte nur kurze Zeit in Hamburg. Stengele ist 1861 geboren und gehörte der Bürgerschaft von 1907 bis 1912 an.

Die Arbeiterbank im Krisenjahr

Die Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten AG, Berlin, legt ihren Rechnungsergebnisse für 1930 vor. Da 1930 als eines der schwersten Krisenjahre zu bezeichnen ist, ist es beachtlich, daß die Gesamtentnahmen nicht zurückgegangen, sondern gegenüber dem Vorjahr noch von 163,2 auf 167,9 Millionen M gestiegen sind. Hierin kommt das Vertrauen zum Ausdruck, das der Bank der Gewerkschaften auch von den privaten Einlegern entgegengebracht wird.

Die Bank hat insofern einen weiteren Um- oder Ausbau erfahren, als die Zahlstellen in Hannover, München und Saarbrücken in Filialen umgewandelt und weitere selbständige Zahlstellen in Braunschweig, Essen, Köln, Liegnitz, Magdeburg und Stuttgart sowie eine Depositenkasse in Berlin errichtet wurden. Die Gesamtzahl der Angestellten hat sich im Berichtsjahr von 160 auf 215 gesteigert. In den Betrieben der Bank wurde Mitte 1930 die 40-Stunden-Woche für die Angestellten eingeführt. Der Bankumsatz stieg von 2,767 Milliarden im Jahr 1929 auf 3,363 Milliarden im Jahr 1930. Innerhalb des Gesamt-einlagenbestandes setzen die Sparanlagen die Verstärkung ihres Anteils fort. In jederzeit veräußerlichen eigenen Wertpapieren sind nach der Bilanz 11,63 gegen 9,43 Millionen im Vorjahr angelegt. Die Verwendung der der Arbeiterbank anvertrauten Gelder ist auch ferner unter besonderer Vorsicht erfolgt. Unter den Kreditnehmern befinden sich die Betriebe und Organisationen der Arbeiterschaft mit 55,76 vH an erster Stelle. Es folgen öffentlich-rechtliche Institutionen mit 29,26 vH und sonstige Kreditnehmer mit 4,98 vH. Die Arbeiterbank hat nach wie vor den Bau von Wohnungen unterstützt. Insgesamt wurden 1930 10.522 Wohnungen mit den von der Bank zur Verfügung gestellten Mitteln erbaut.

Die günstige Entwicklung der Arbeiterbank kommt in der Gewinn- und Verlustrechnung deutlich zum Ausdruck. Die Gesamtentnahmen stiegen von 4,46 auf 5,37 Millionen.

Vom Vorstand

Telegrammanschrift: Metallvorstand Berlin
Fernsprecher: Dönhoff 6750—6753

Mit Sonntag, dem 17. Mai, ist der 21. Wochenbeitrag die Zeit vom 17. bis 23. Mai 1931 fällig.

Zur Beachtung für reisende Mitglieder

Reisende Mitglieder können nur in den im Adressenverzeichnis mit † bezeichneten Verwaltungsstellen Reisegeld erheben. Aufsuchen der Bevollmächtigten, Kassierer und Vertrauensmänner in den Wohnungen oder Arbeitsstellen durch die Reisenden hat zu unterbleiben.

Ein statutarisches Recht auf Empfang von Lokalgeschenken steht nicht. Die Auszahlung von Lokalgeschenken durch die Verwaltungsstellen ist freiwillig und nur soweit möglich, als die Mittel vorhanden sind. In allen Verwaltungsstellen, wo Adressenverzeichnis vermerkt ist: „Lokalgeschenk wird bezahlt.“ ist das Aufsuchen des Kassierers, weil zwecklos, unterlassen.

Gefunden

und bei der Verwaltungsstelle Hettstedt-Eisleben abgegeben wurde das Mitgliedsbuch Nr. 6 457 629, lautend auf den Günter Josef Wolfscher. Derselbe kann sein Mitgliedsbuch beim Vorstand, wo es verwahrt wird, anfordern.

Berlin SW 68, Alte Jakobstraße 148

Der Verbandsvorstand

Die Handlungskosten erhöhten sich durch Errichtung neuer Filialen und Depositenkassen von 1,97 auf 2,28 Millionen. Steuern mußten 950 000 gegen 373 000 M im Vorjahr geleistet werden. Der Reingewinn beträgt 2,1 Millionen. Die Verteilung des Reingewinns geschieht in folgender Form: Zuweisung des gesetzlichen Reservefonds 500 000 M, an den Spezialreservfonds 300 000 M, Ausschüttung einer 8proz. Dividende 960 000 M und auf neue Rechnung werden rund 377 000 M getragen. Das Gesamtergebnis des Geschäftsabchlusses der Arbeiterbank berechtigt auch weiter zu großen Hoffnungen.

Guter Abschluß des Lindcar-Fahrradwerks

Das im Besitze der Gewerkschaften bzw. der Arbeiterbefindliche Fahrradunternehmen Lindcar legt seinen Abschluß vor. In dem Bericht wird auf die Lage der Fahrradindustrie hingewiesen, die in ganz Deutschland außerordentlich schlecht ist. Die Bevölkerungsschicht, die als Käufer von Fahrrädern in Betracht kommt, ist infolge Kaufkraftschwunds weniger der Lage, ihren Bedarf an Fahrrädern zu decken. Verschiedene Fahrradunternehmen haben unter dem Absatzmangel derart gelitten, daß sie ihren Betrieb einstellen mußten. Das ist erfreulich, daß das Lindcar-Fahrradwerk besser abschnitten konnte. Neben dem Fahrradgeschäft wurde das Fahrradgeschäft gepflegt. In der zweiten Hälfte des Geschäftsjahres wurde das Nähmaschinengeschäft neu aufgenommen. Der Bericht verweist darauf, daß die Werbetätigkeit des Unternehmens von Erfolg gekrönt war. Es wird aber anerkannt, daß dies die erste Linie der fleißigen Mitarbeit der Gewerkschaftsfunktionäre zu danken sei. Für das laufende Jahr hängt die Entwicklung des Geschäfts von der allgemeinen Wirtschaftslage ab.

Das Lindcarwerk hat sich durch eine angemessene Preispolitik den besonderen Verhältnissen der Zeit angepaßt. Das Fahrradteilgeschäft wird weiter besonders gepflegt. Auch die Lindcar Nähmaschinen führen sich weiter gut ein. Eine Verbreiterung der Geschäftsbasis für 1931 ist durch die Aufnahme eines Motor-Fahrrades geplant. Nach einem solchen Fahrrad herrscht größere Nachfrage. Die Geschäftsleitung glaubt, daß der diesjährige Umsatz dem vorjährigen nicht nachstehen wird. Von dem Reingewinn in Höhe von 129 133 M wurde auf die Aktienkapital eine Dividende von 5 vH ausgeschüttet. Zuerst Auffüllung des gesetzlichen Reservefonds wurden 10 000 M verwandt und 18 883 auf neue Rechnung vorgetragen. Angesichts der Verhältnisse ist das Geschäftsergebnis des Werks erfreulich. Es ist Aufgabe der Gewerkschaftsmitglieder ihr eigenes Unternehmen auch weiterhin tatkräftig zu unterstützen.

SCHRIFTENSCHAU

Moloch Maschine. Von Stuart Chase. Verlag von Dieck & Co. Stuttgart. 280 Seiten. Preis geb. 6,50 M. — Es ist dies die Übersetzung des im Jahre 1929 erschienenen Buches des Professors der sozialistischen Rand School in New York. Von den verschiedenen Schriften Chases ist diese sicherlich die beste, darum ist ihre Übertragung ins Deutsche sehr zu begrüßen. Obwohl durchweg erst technische und wirtschaftliche Dinge behandelt werden, lesen sich manche Kapitel wie ein Roman. Fesselnd sind die Untersuchungen darüber, ob der Mensch früher in der gerüsteten, maschinenlosen Zeit glücklicher gewesen sei als heute. Bei den Vergleichen stützt sich Chase naturgemäß nur auf amerikanische Verhältnisse, wodurch indes die Sache nicht an Wert verliert. Obwohl er die vielfältigen Nachteile des Maschinenzeitalters keineswegs verkleinert, läßt er doch die Vorteile der Maschine aus dem Auge. Für den Metallarbeiter werden die Kapitel: Sind wir Sklaven der Maschine? Hinter Zwingmauern von Stahl, Die Roboter und Eine Milliarde wilde Pferde besonders anziehend und aufschlußreich sein. Der Übersetzer hat sich bemüht, das amerikanische Zahlenwerk durch deutsches zu ergänzen. Wodurch das Buch für den deutschen Leser sicherlich noch wertvoller wird.

Le Traducteur, französisch-deutsches Sprachlehr- und Unterhaltungsblatt. Allen, die bereits Vorkenntnisse in der französischen Sprache besitzen, ihre Wissen aber auf unterhaltend Weise vervollkommen wollen, wird die Zeitschrift von Nutzen sein. Probehefte kostenlos durch den Verlag des Traducteur in La Chaux-de-Fonds (Schweiz).

So muß der Zuckerkranker leben! Ärztliche Ratschläge für die Lebensweise des Zuckerkranken. Mit Diätanweisungen nach modernen Grundsätzen für leichte, mittelschwere und schwere Fälle. Von Dr. med. H. Maltzen, leitender Arzt der Anstalt für Nerven- und Stoffwechselkranke in Baden-Baden. Mit Bildern. Süddeutsches Verlagshaus GmbH, Stuttgart, Birkenwaldstraße 44. Preis 2 M.

Überwindung der Wechseljahre bei Frau und Mann. Unter Berücksichtigung von Arterienverkalkung, Krebs und Sexualleiden. Von Dr. med. Hope. Preis 2 M. Bruno Wilke Verlag in Hannover.

Das Unternehmer-Vetorecht

Eingeführt durch die Notverordnung vom 26. Juli 1930

Die Notverordnung des Reichspräsidenten vom 26. Juli 1930 zur Behebung finanzieller, wirtschaftlicher und sozialer Notstände hat, wie vorausgesehen, für die Versicherten in der Krankenversicherung recht bedenkliche Folgen zeitigt. Die durch sie angeordnete Verminderung der Kassenleistungen dürften wohl von keinem gerecht denkenden Menschen als angemessen anerkannt werden, womit ein Kranker seine schweren und schwersten Tage überstehen könnte.

Schon die Hemmung durch die 50 Pf. Gebühr bei Entnahme eines Krankenscheines, um den Arzt rechtzeitig aufsuchen zu können, und damit auch schwerere Krankheitsgefahren vorzubeugen, ist ein Mittel, das nicht geeignet erscheint, finanzielle Notstände der Kassen zu beseitigen. Für solche Gebührenaussgabe fehlt den Arbeitern heute jedes Einkommen, und auch bei der genauesten Überprüfung ihres Haushaltetats lassen sich mit dem besten Willen dafür keine Mittel flüssig machen. Die hieraus sich ergebenden Folgen sind klar erkennbar. Man darf ruhig aus den gegebenen Tatsachen die Behauptung aufstellen, daß der deutsche Arbeiter wohl eine Krankenversicherung hat, aber der Genuß der Kassenleistungen für ihn sehr schwer erreichbar ist; vielleicht nur unter Einsatz des Versäumten erhält er Sterbegeld.

Den einstmal mahnenden Worten des Ministerialdirektors Dr. Grieser: „Ohne Sozialversicherung ist von Anfang bis zu Ende die Gesundheit, Kraft und Leistungsfähigkeit des Arbeiters bis im innersten Kern seiner ganzen Lebenshaltung ernstlich gefährdet“, sind heute größere Bedeutung beizumessen und sie zu beherzigen, ein Gebot der Stunde.

Sind schon durch die Notverordnung die Regelleistungen der Kassen verändert worden, um so mehr aber noch die Mehrleistungen. Letztere einzuführen, ist vielen Kassen ganz oder zum Teil unmöglich geworden, da die Beiträge von 7,5 auf 6 vH beschränkt wurden. Von einem solchen Abbau der Kassenleistungen werden insbesondere die Ortskrankenkassen der großen Industriestädte befallen. Durch die große Wirtschaftskrise in Verbindung mit der Rationalisierung sind die Ortskrankenkassen die Aufnahmestellen aller abgestoßenen Menschenmaterials geworden, wobei man den kranken und alten Arbeitern den Vorzug gegeben hat, Mitglied der Ortskrankenkasse zu werden. Nach einer solchen Säuberung der Betriebs- und Innungskassen, denen die

besten Risiken geblieben sind, werden solche Kassen in bezug auf Krankenziffer, Leistungen und Beitragshöhe Parade machen können. Allerdings zu Unrecht.

Da nun die Ortskrankenkassen am schwersten von den Auswirkungen der Notverordnung, der Wirtschaftskrise und deren Folgen betroffen werden, muß die Leistungsfähigkeit dieser Kassen starke Einbuße erleiden. Sie wieder zu heben oder auf ihrer seitherigen Höhe zu halten, dazu bedarf es einer außergewöhnlichen, anpassenden Beitragsregelung. Soll sie über die normale Grenze von 6 vH des Grundlohnes hinaus erforderlich sein, so bedarf sie der übereinstimmenden Zustimmung beider Gruppen, der Unternehmer als auch der Versicherten in den Kassenausschüssen. Weigern sich die Unternehmer einer notwendigen Beitragserhöhung zuzustimmen, so bleiben die Wünsche der Versicherten unberücksichtigt, obwohl sie entsprechend ihrer Beitragsleistung mit zwei Drittel Stimmen gegenüber ein Drittel der Unternehmer bei der Abstimmung vertreten sind. Der Unternehmer ist somit gesetzlich in der Lage, solche Anträge der Versicherten zu übergehen, mögen sie auch immer nur um den unbedingt erforderlichen Bruchteil über 6 vH liegen, sofern sie Mehrleistungen dienen sollen, beispielsweise Krankenhausbehandlung für Familienangehörige.

In der Tat muß hier ein Gesetzesmonster festgestellt werden, das sehr stark an das einstige Dreiklassenwahlrecht erinnert. Eine Gesetzesänderung vorzunehmen, liegt schon begründet in den Ausführungen des oben genannten Dr. Grieser, anlässlich der Neuordnung der Knappschaftsversicherung, die sinngemäß auch für die Krankenversicherung anzuwenden sind:

„Nach den bisherigen Vorschriften bestanden die Organe (so auch ihre Stimmen) zur einen Hälfte aus Unternehmern und zur anderen aus Versicherten. Da für den inneren Ausbau Stimmenmehrheit notwendig ist, konnten die beherrschenden Mächte der Unternehmer jedesmal ihren Willen durchsetzen; die treibenden Kräfte der Versicherten mußten darin für sich jedesmal eine Niederlage erblicken. Das Vetorecht der Unternehmer vermochte jeden Fortschritt aufzuhalten... Es war consensus gentium, daß die bisherige Verfassung nicht mehr haltbar war.“

Auch die Versicherten befinden sich in Übereinstimmung, daß ihre bisherige Entrechtung durch das Vetorecht der Unternehmer in der Sozialversicherung nicht mehr haltbar und dringend abänderungsbedürftig ist.

Zehn Jahre Akademie der Arbeit

In diesen Tagen jährte sich zum zehnten Male der Tag, an dem in Frankfurt a. M. die Akademie der Arbeit ins Leben gerufen wurde. Diese Tatsache verdient von der gewerkschaftlichen Seite Würdigung. Mehr aber noch vom Standpunkte der staatsbürgerlichen Erziehung und Bildungsarbeit der Nachkriegszeit. Neue Aufgaben harnten besonders der Arbeiterschaft. Für den obrigkeitlichen Staat genügt die Gymnasien und Universitäten zur Heranbildung des Beamtentums, für den kapitalistischen Staat die technischen und die Handelsschulen, für den demokratischen Staat aber, der alle Volkskreise zur Mitarbeit aufrufen soll, bedarf es neuer Bildungseinrichtungen. Schulen, die dem arbeitenden Menschen die Fähigkeit vermitteln, die Zusammenhänge und Triebkräfte des gesellschaftlichen Lebens und Geschehens klar zu erkennen und ihm ermöglichen, selbständige Funktionen im Staat und in der Wirtschaft wahrzunehmen. Eine solche Einrichtung ist die Akademie der Arbeit.

Sie wurde auf Grund eines Vertrages zwischen den preußischen Ministerien und den gewerkschaftlichen Spitzenverbänden aller Richtungen im Jahre 1921 ins Leben gerufen. Ihre Aufgabe besteht darin, in neunmonatigen Lehrgängen „Männer und Frauen aus dem Arbeitsleben zur verantwortlichen Mitarbeit auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens, vor allen den wirtschaftlichen und politischen Selbstverwaltungen, heranzubilden“. Zugelassen sind Männer und Frauen mit bestimmter Berufserfahrung und längere Berufspraxis. Die Altersgrenzen sind 23 und 35 Jahre. Über die endgültige Zulassung entscheidet das Dozentenkollegium nach mehreren vorangegangenen Prüfungsarbeiten. Die Teilnehmerzahl ist auf 70 beschränkt. Es werden in erster Linie die von den Berufsverbänden bestimmten Hörer berücksichtigt, für die die Verbände die Kosten tragen. Gerade in der Finanzierung zeigt es sich, welche große Bedeutung die Gewerkschaften der Akademie beimessen. Ein Drittel aller Hörer, die bis jetzt die Hochschule besuchten, ist von den freien Gewerkschaften finanziert worden. Da für die Aufnahme, außer der geistigen Reife, eine bestimmte Vorbildung nicht verlangt wird, ist der Zugang zur Hochschule für die Tüchtigen aus allen Volksschichten frei. Um eine Auswahl der Hörer zu ermöglichen, geht jedem Lehrgang (vom 10. Oktober bis 30. Juni) ein sieben- bis neunmonatiger Fernunterricht voraus. Außer den Gewerkschaften entsenden auch Städte Hörer. Auch gewähren Länder und Provinzen und der „Verein der Freunde und Förderer der Akademie der Arbeit“ Stipendien an minderbemittelte befähigte Hörer.

639 Hörer, darunter 25 Frauen, haben in diesen zehn Jahren die Akademie besucht. Von diesen 639 waren 505 freigewerkschaftlich organisiert. Die Verbände der christlichen Richtung stellten 89 Hörer, die Beamtensverbände 25. Die berufliche Gliederung ergibt, daß die Mehrzahl aus der Fabrik kam, nämlich 394. 10 Teilnehmer zählten zu den freien Berufen, 66 zu den Angestellten, 25 waren Beamte und 124 Gewerkschaftsangehörige.

Jeder Lehrgang teilt sich in zwei Arbeitsgemeinschaften, die unter der Leitung der hauptamtlichen Dozenten stehen. Hier wird an die Lebenspraxis und Erfahrung der einzelnen Hörer angeknüpft, im Zusammenhänge der vier Ordnungsbereiche des öffentlichen Lebens, nämlich Staat, Wirtschaft, Gesellschaft und Recht. Für jedes dieser Gebiete erfolgen allgemeine Vorlesungen. Diesen folgen Spezialvorlesungen und Seminare. Nach den theoretischen Klärungen erfolgt die Schlußfolgerung in Seminaren über praktische Wissenschaften, über angewandte Politik. Unter Bejahung und Fruchtbarmachung der sozialen, politischen und weltanschaulichen Gegensätze (man kann auch viel vom Gegner lernen!) innerhalb der Hörerschaft zielt die AdA vor allem auf Erziehung der Urteilsbildung, der Verantwortung und der sachlichen Auffassung der öffentlichen Tätigkeiten und Aufgaben ab.

Anlässlich der Zehnjahresfeier kann man der Hochschule, die schon viele Schüler an verantwortungsvollen Stellen der Arbeiterbewegung und des öffentlichen Lebens tätig hat, nur wünschen, weiterhin an ihrer großen Aufgabe, an der Sicherung und Stärkung des demokratischen Deutschland zu wirken, und das große Ziel, dem Nutzen der Gesamtheit zu dienen, nicht aus dem Auge zu verlieren.

Henry Fords neuester Plan

Auf einem Kongreß des Womens Colony Club in Detroit gab Frau Ford im Auftrage ihres Mannes folgende neuartige Ideen zur Besserung der Arbeitsmarktlage in Amerika bekannt: Ford will in Zukunft seine Fabriken nicht mehr während einiger Monate im Winter schließen, sondern die technischen Ingenieuraufgaben und die allenfalls notwendige Umstellung auf ein neues Modell bereits im Sommer vollbringen lassen. Während dieser Zeit sollen dann die in der Fabrik nicht beschäftigten Arbeiter, soweit sie es wünschen, nach großen Farmen im nördlichen Michigan geschickt werden. Ford hat zu diesem Zweck bereits ausgedehnte Ländereien erworben, die nun für eine großzügige Agrarwirtschaft hergerichtet werden sollen. Dadurch soll der Versuch gemacht werden, die Arbeiter das ganze Jahr zu beschäftigen, während sie bis jetzt immer einige Monate feiern und von mühsam erspartem Gelde leben mußten.

Dieser Gedanke, Industrie und Landwirtschaft zu verkoppeln, ist an sich nicht schlecht und wäre auch für die Gesundheit der Arbeiter nicht zu verwerfen. Nach und nach ist man jedoch gegenüber den in ihrer Neuigkeit oft sehr einleuchtenden sozialen Reformen des Mr. Ford mißtrauisch geworden. Sie entspringen nicht dem Bedürfnis, den Arbeitern zu helfen, sondern einem realen Ausbeutungsdrang. Man wird also erst die näheren Angaben und praktischen Erfahrungen abwarten müssen, bevor man in den Begeisterungsruf von Mrs. Ford einstimmen kann: „Finanz, Ackerbau und Industrie zusammen in einer Hand, werden die endgültige Stabilität (der Wirtschaft) bringen.“

Zu gleicher Zeit gibt Henry Ford selbst im Anschluß an seinen Geschäftsbericht bekannt, daß er glaubt, die Industrie würde sich zwangsläufig auf ein zehn- oder elfmonatiges Arbeitsjahr umstellen müssen. Wie der Achtstundentag und die Fünftagewoche eingeführt worden wären, so könnte auch ein verkürztes Arbeitsjahr praktisch werden.

Die Aussperrung in Norwegen

Seit Mitte April sind in der norwegischen Industrie 82 500 Arbeiter ausgesperrt. Damit erlebt Norwegen seit 1925, als 120 000 Arbeiter in einem Lohnkampf standen, seinen größten Arbeitskonflikt. Die meisten Tarifverträge sind nach einem Bestand von zwei Jahren, Ende März d. J., abgelaufen. Zuerst wurde mit Beteiligung des Schlichters aus der Erneuerung des Tarifvertrages in der Papierindustrie verhandelt. Nach gescheiterten Verhandlungen wurden die Papierfabriken bereits Mitte März stillgelegt. In anderen Industriezweigen wurde die Arbeit noch bis zum 8. April fortgesetzt. Nachdem aber die Verhandlungen auch in diesen scheiterten, wurden zuerst 42 500 und nachträglich noch weitere 25 000 Arbeiter ausgesperrt. Von der Aussperrung sind, außer den Arbeitern in den Papierfabriken, die Arbeiter im Bergbau, Eisen-, Textil- und Zelluloseindustrie betroffen. Es wird sowohl um den Lohn wie um die Arbeitszeit gekämpft. Die Unternehmer fordern einen Lohnabbau um durchschnittlich 15 vH, während die Arbeiter eine Verkürzung der Arbeitszeit von 48 auf 42 Stunden die Woche mit entsprechendem Lohnausgleich verlangen. Zur Zeit sind die Hoffnungen auf eine Einigung noch gering.

Die Betriebsrätewahl im Leunawerk

Den Betriebsrätewahlen des Leunawerks wurde von jeher eine überragende Bedeutung zugesprochen: Kein Wunder, daß die Wahlen dort hart umstritten würden. Insbesondere den Kommunisten ist die Betriebsvertretung dieses Werkes eine Messe wert. Wenn man der kommunistischen Presse glauben wollte, wäre das Leunawerk immer, und auch nach der jüngsten Wahl, „ganz rot“. Wie falsch das ist, soll weiter unten zahlenmäßig gezeigt werden.

Zur Beurteilung des Ausfalls der Betriebsrätewahl sind folgende Umstände zu berücksichtigen: Im Jahre 1929 erreichte die Arbeiterbelegschaft mit 19 870 Mann ihren Höhepunkt. Die Kommunistische Partei oder ihre RGO hatte die Mehrheit im Arbeiterrat. Sie verlor sie bei der Wahl im nächsten Jahre. An dem Verlust ist zu ermesen, in welchem Maße die kommunistische Arbeiterratsmehrheit gewirtschaftet hat.

Die Wirtschaftskrise wirkt sich bei der Belegschaft des Leunawerks äußerst ungünstig aus. Die Arbeiterentlassungen gingen in die Tausende, die Verdienstminderungen betrugten infolge der Arbeitszeitverkürzung und anderer Umstände bei den Facharbeitern 1200, bei den Betriebsarbeitern 800 M im Jahr. Und über jedem Mann schwebte das Damoklesschwert der Entlassung. Von der Belegschaft sind etwa 3500 Mann in Neubauwohnungen in der Werksnähe angesiedelt. Ihre Mieten sind trotz der Lohnkürzungen in gleicher Höhe geblieben und drücken den Lebensstand der Familien dermaßen herab, daß die Gesundheit in Gefahr kommt.

Bei der Beurteilung der politischen Gesinnung der Belegschaft ist nicht die Zerstretheit ihres Wohnens außer acht zu lassen. Sie verteilte sich im Jahre 1929 auf nicht weniger als 1114 Orte. Die Arbeiter müssen den Weg zwischen Werk und Wohnort, mitunter 70 Kilometer voneinander entfernt, Tag für Tag zurücklegen. Ein Zusammengehörigkeitsgefühl der so weit voneinander wohnenden und tagtäglich rasch auseinander hastenden Menschen kann sich kaum bilden. Das Maß dieses Mißstandes wird bestimmt von dem Vorhandensein von Arbeiterorganisationen in den Wohnorten.

Die Lohnabbauwelle ging auch über Leuna. Am 1. März wurde das Lohnabkommen gekündigt. Obwohl trotz des Rückgangs der Belegschaftszahl noch Unsummen an Gewinn aus der Arbeit der Leunawerker herausgewirtschaftet wurde, wollten die Unternehmer den Anschluß nicht verpassen und machten es den schwerindustriellen Lohnräubern nach. Während die Arbeiter seit zwei Jahren auf immer mehr an Lohn und sonstigem verzichten müssen, streichen die Chemieherrn eine Dividende von 12 vH ein!

So ungefähr war die Lage zur Zeit der Betriebsratswahl von 1931. Die Freigewerkschafter hatten im Jahre 1930 im Betriebs- und Arbeiterrat die Führung übernommen, um eine Schädigung der Belegschaft nach Möglichkeit zu verhüten. Dank ihrem Widerstand wurde die Arbeitszeitverkürzung erst spät durchgeführt. Die Verhandlungen wegen dem Lohnausgleich verliefen mehrmals ergebnislos. Der Betriebsrat hatte es unternommen, den Mietern der Neubauwohnungen zu helfen. Das gelang denn auch in erheblichem Maße. Das Auftreten des Betriebsrats hatte die Unternehmer bestimmt, sich nicht gleich an den direkten Abbau des Tariflohnes heranzuwagen. Was immer für die Arbeiter herauszuholen war, hatte der freigewerkschaftliche Betriebsrat herausgeholt. In 35 Belegschaftsversammlungen hat der Betriebsrat Bericht und Aufklärung gegeben.

Am Tage der Betriebsratswahl tauchten allein auf der Arbeitersseite 6 Kandidatenlisten auf. Der Wahlkampf wurde mit beispielloser Erbitterung geführt. Über 200 000 Flugblätter wurden in die Belegschaft geworfen. Die Gegner der freien Gewerkschaften rissen deren Tätigkeit in den Dreck. Mit gemeinsamen Verleumdungen wurde gearbeitet. Den Vogel schoß, wie immer, die RGO ab, das Anhängsel der „Wahren Arbeiterpartei“. Unter diesen Umständen ist das Wahlergebnis ehrenvoll für uns freie Gewerkschafter. Deren ärgerster Verleumder, die RGO, hat ziffernmäßig eine Niederlage, prozentual einen

kleinen Gewinn zu verzeichnen. Die RGO ist weiter denn je davon entfernt, die Mehrheit im Leunawerk zu haben. Über das Auf und Ab der Stimmzahlen gibt die folgende Liste Auskunft:

Arbeiterratswahlen						
	1925	vH	1929	vH	1930	vH
Wahlberechtigt	9508		19579		14755	10456
abgeg. Stimmen	8751	92,12	18047	92,68	13754	93,2
Freigewerkst.	2244	25,6	5917	32,8	5115	37,1
RGO (KPD)	5062	58,0	9259	51,3	4767	34,8
Werkv. (Gelbe)	1347	15,3	1736	9,6	2220	16,1
Christen	—	—	594	3,3	730	5,3
Nazis	—	—	—	—	—	1062
Stahlhelmer	—	—	—	—	—	462
Ungült. Stimmen	98	1,1	541	3,0	922	6,7

Sitzverteilung im Arbeiterrat				
	1925	1929	1930	1931
Freie Gewerkschaften	6	10	12	9
Kommunisten - RGO	15	16	12	10
Werkverein (Gelbe)	3	3	5	1
Christen	—	1	1	1
Nazis	—	—	—	3
Stahlhelmer	—	—	—	1
Gesamtzahl	24	30	30	25

Der Rückgang der Sitzzahl auf 25 im Jahre 1931 ist durch die Entlassung von 9000 Arbeitern in den Jahren 1929/30 bedingt.

Sitzverteilung im Betriebsrat				
	1925	1929	1930	1931
Freigewerkschafter,	9	12	13	11
Arb. u. Angst. Afa 3)				
Kommunisten - RGO	13	14	9	9
Werkverein (Gelbe)	3	2	4	1
Christen	—	—	1	1
Nazis	—	—	—	3
Stahlhelm	—	—	—	1
Dtsch.-Nat.Hdlgh.-V.	1	1	2	2
G.d.A.	1	1	1	—
Gesamtzahlen	27	30	30	28

Die Zahlen zeigen, daß die RGO in einer heillosen Minderheit ist und daß sie ohne die Nazis, Gelben, Werkvereiner und Christen nicht auskommen kann. Somit ist die schamlose Verleumdung der freien Gewerkschaften durch die Kommunisten zum Nutzen der Helfershelfer der Unternehmer ausgeschlagen. Was kümmert das die Kommunisten? Gleich in den ersten Sitzungen der Betriebsvertretungen haben sie ihre Bundesbrüderschaft mit den Nazis usw. besiegelt. Bei der Wahl der Kommissionen stimmten die Nazis, Stahlhelmer, Gelbe für den Vorschlag der RGO. Die Einheitsfront der Kommunisten ist also im Leunawerk ziemlich hergestellt. Den RGO-Leuten ist die Führung übertragen worden. Sie haben im Betriebsrat von 28 Sitzen ganze 9, im Arbeiterrat von 25 Sitzen ganze 10. Sie stellen beide Vorsitzende im Arbeiterrat und sie haben im Betriebsrat den Vorsitz.

Wir Freigewerkschafter haben den Leuten das Feld vollständig überlassen, obwohl wir im Betriebsrat 2 Sitze mehr als sie haben. Wir wollen ihnen Gelegenheit verschaffen, der Belegschaft zu zeigen, was sie zu leisten vermögen. Sie sollen nun ihre Wahlversprechen einlösen. Bei der nächsten Wahl sprechen wir uns wieder. Das wird ein Wiedersehen werden! Von welcher Art es sein wird, das steht heute schon über allem Zweifel.

SCHRIFTENSCHAU

Billige Ausgabe des Bürgerlichen Gesetzbuchs. 700 Seiten, 2,80 M. Der Verlag J. Bensheimer in Mannheim hat in seiner „Sammlung deutscher Gesetze“ eine Textausgabe des Bürgerlichen Gesetzbuchs herausgebracht. Sie ist von Professor

Hoening, einem anerkannten Rechtslehrer, sorgfältig bearbeitet, mit Verweisungen auf abändernde und ergänzende Gesetze und mit einem ausführlichen Sachregister versehen. Was sie von anderen Ausgaben besonders unterscheidet, ist die instruktive Einführung in das System des BGB., die auch dem Laien den Sinn des Gesetzes voll verständlich macht.

Die Zeitschrift „Feinmechanik und Präzision“, das Blatt der Deutschen Gesellschaft für Mechanik und Optik, erscheint seit dem 1. April in der Akademischen Verlagsgesellschaft, Leipzig. In der neuesten Nummer finden wir Aufsätze über Technik und Ziele des Fernsehens, Gewalzte Gewindebohrer und ähnliches mehr. Preis vierteljährlich 3 M.

Zigarettenrauchen billiger geworden!

Früher zahlten Sie für 10 Zigaretten 50 Pfg. — jetzt brauchen Sie für 9 Stück nur 40 Pfg. zu zahlen — verlangen Sie aber ausdrücklich Greiling SchwarzWeiss! Mögen Sie noch so streng prüfen — Sie werden übereinstimmend mit Millionen deutscher Raucher sagen: Der Preis-Unterschied ist bei dieser Zigarette im Geschmack nicht festzustellen!

SchwarzWeiss erhalten Sie stets frisch, denn diese Zigarette gewinnt täglich Scharen neuer Anhänger, die ebenso wenig wie Sie gewillt sind, sich ihren Genuss schmälern zu lassen. Machen Sie einen Versuch — er kostet ja nur 40 Pfg. — und dafür finden Sie Ihre zukünftige Zigaretten-Marke, Sie werden gut rauchen und vor allem — sparen!



Die erfolgreiche Behandlung von

Lungenkrankheiten

Herr Kreisarzt Dr. Silberstein hat im Laufe der letzten Jahre den vom berühmten Herbaria-Kräuterparadies in Philippsburg (Baden) hergestellten Herbaria-Kräuter-Extrakt Nr. 66 in vielen Fällen von chronischen Bronchitis und Emphysem, die mit Husten und Stimmverlust verbunden waren, fast ohne einen Regress zum Husten- und Stimmverlust, dem langjährigen Leiden der Dr. Silberstein'schen Lungenklinik in Göttingen, hergestellt hat und

kräftigste kräftigste Anwendung. Herr Kreisarzt Dr. Silberstein schreibt darüber: „Dieses Kräuterheilmittel entspricht der Grundforderung für jedes Heilmittel „non nocere“ nach jeder Hinsicht. Ich habe es oft monatelang bei Dauerfälle angewandt, und zwar mit unvorstellbar gutem Erfolg. Durch die Darreichung dieses tall- und fettsäurehaltigen Kräuterheilmittels wird die Abwehrkraft des Körpers gegen Eubertiloze natürlich ganz bedeutend gefördert, so daß die erkrankten Lungenherde zur Beseitigung und Entzündung gebracht werden können. Der Appetit wurde gesteigert, das Fieber ist immer zurückgegangen, das Allgemeinbefinden hat sich bedeutend gebessert und die Gewichtszunahmen waren immer erhebliche. Die profüglichen Erfolge berechtigen, es als eine Bereicherung der Therapie der Emphysem- und Bronchitis anzusehen.“

Dieses Kräuterheilmittel wird in folgenden Verpackungsformen geliefert:
Krauter-Extr. Nr. 66 Safet 2,25 R.-Mark
Krauter-Saft Nr. 66 Safet 2,50 R.-Mark
Krauter-Tabletten Nr. 66 Safet 3,00 R.-Mark

Krauter-Roseln Nr. 66 mit gemahlener Feinstschokolade gefüllte, angenehm einzunehmende Oblaten-Kapseln, beliebteste Verbrauchsform, hochwichtig. Kleinpäckung 3,00 R.-Mark, Doppelpack 4,50 R.-Mark
Krauter-Saft Nr. 66 aus den frischen, grünen Kräutern auf kaltem Wege gepresster Saft mit dem vollen Vitamin-, Kalium- und Kieselsäuregehalt der frischen Pflanzen, daher hochwirksam
Krauter-Extrakt Nr. 66
Unsere Kräuterheilmittel sind nur in Apotheken zu haben. Bei Bestellung auf uns direkt erfolgt Versand durch die zuständigen Depotapotheken. (Säfte ab 3 Flaschen, alle anderen Präparate ab 5,00 R.-Mark franco.)
Herbaria-Kräuterparadies, Philippsburg L 304/W (Baden)
Unsere Broschüre mit der Abhandlung „Die Kalium- und Kieselsäure-Extrakte von Kreisarzt Dr. med. Silberstein“ liegen jeder Bestellung gratis bei und sind auch ohne Bestellung kostenlos geliefert.

100 000 zufriedene u. dankbare Kunden!

Schelton

Jhr Technikum

zur Vor- u. Auszubereit. zum Techniker, Ingenieur und Werkmeister, neben dem Beruf, sind die Selbstunterrichtliche des Systems Karmak.
Brieflicher Fernunterricht mit Abschlußprüfung vor einer Kommission.
Ferner Nachholkurse verarbeiteter Schulprüfungen (Obersekundare, Abitur) und Anweisung kaufmännischer, fremdsprachlicher, mechanischer Kenntnisse durch die Selbstunterrichtliche der Methode Karmak. Besondere Monatszahlungen. Prospekt kostenlos. Lehrproben zur Ansicht.
Karmak-Verlag, Leipzig, Postfach 111, 509

Hoher Verdienst

erzielt lassen, wenn Sie dieses Anzeigebüro besuchen. Der „Heimstricker“ bringt Ihnen garantiert hohen Verdienst. Bei nur 200 RM. Betriebskapital richten wir Ihnen eine Heimstrickerei ein. Arbeiten auch Sie zu Hause, wie viele andere. Verlangen Sie in Ihrem Interesse Prospekt 93 von Gustav Nissen & Co., Dresden N.6, Koenigsplatz 6

Wunden aller Art
Schwielenrisse, Verletzung der Haut durch Quetschung, Verbrennen od. Schürfung, Flechten, Geschwüre, off. Fäße usw. heilt m. Erfolg seit 60 Jahren
Dr. Sprangers Heilsalbe
70 Pfg. in all. Apoth. Verlag, Sie immer ausdrückl. „Neubrandenburger Fabrik“, da Fälschungen im Umlauf. Broschüre umsonst von der allein. Fabrik
Dr. Sprangers Ww. - Neubrandenburg 106
ESU-Betten (Stahl u. Holzschlafk.) Kinderbett, Chaiselong. Polster, Stahlmatratze an jeden. Teilz. Katalog 4 fr. Eisenmattfabrik Sehl.
Wilhelm Pahr Berufskleidung jetzt Berlin, Brunnenstr. 78

Kauft eure blauen Arbeitsanzüge direkt von der Fabrik
Prima Haustuch, der Anzug RM 5,80, 5,10, Prima Drell oder Körper RM 6,90, 6,-, 5,50, Rock oder Hose die Hälfte Garant. waschecht u. beste Paßform. Gegen Nachnahme Verpackung frei; ab RM 20,- portofrei. Bei Nichtgefallen Geld zurück. Auf Wunsch Musterproben und Preisliste.
Mergler & Co., Banatkleiderfabrik, Würzburg 104

Leo Heinrich
Berlin N 65, Lyonerstraße 6-8
Elektromechanik durch Fernunterricht
Prospekt 6 fr. — Privat- u. Geschäftsbes. Dr. Ing. LESSER, Berlin, Wilmersdorf, Wilmersdamm 54

Betten
Tischbett, -odent, -federn.
Kleinstes mit 7 Mat. 5,25, 6,50, 7,25, 7,50, 8,-, 8,50 Mat.
Mittel mit 5 Mat. 4,50, 5,25, 5,50, 6,25, 6,50, 7,25 Mat.
Ganz mit 7 1/2 Mat. 3,50, 4,50, 5,50, 6,50, 7,50 Mat.
Kleinstes mit 3 Mat. 2,25, 2,75, 3,25, 3,75, 4,25, 4,75 Mat.
Mittleres mit 5 Mat. 1,25, 1,50, 2,00, 2,50, 3,00, 3,50, 4,00, 4,50 Mat.
Kleinstes mit 3 Mat. 1,-, 1,50, 2,00, 2,50, 3,00, 3,50, 4,00, 4,50 Mat.
Kleinstes mit 3 Mat. 1,-, 1,50, 2,00, 2,50, 3,00, 3,50, 4,00, 4,50 Mat.
Kleinstes mit 3 Mat. 1,-, 1,50, 2,00, 2,50, 3,00, 3,50, 4,00, 4,50 Mat.
Kleinstes mit 3 Mat. 1,-, 1,50, 2,00, 2,50, 3,00, 3,50, 4,00, 4,50 Mat.
Kleinstes mit 3 Mat. 1,-, 1,50, 2,00, 2,50, 3,00, 3,50, 4,00, 4,50 Mat.

Josef Witt, Weiden 84 Oberpfalz.
Größtes Baumwollwaren-Spezialversandhaus der Art Europas mit eigenen Webwaren-Fabriken.
Ueber 2000 Arbeiter und Angestellte.
gibt wie folgt ab:
1. **Weißes Hemdentuch** schwere, gute, sehr haltbare Sorte, für starke Wäschestücke, 80 cm breit, per Meter **-.28**
2. **Vorhangstoff** sog. Gardinen, mit einfarbigen Streifenmuster 70 cm breit, per Meter **-.19**
3. **Hemdenflanell** etwas leichte Gebrauchsware, einfarbig gestreift, 70 cm breit, per Meter **-.23**
4. **Hemdenflanell** fest zusammengeheftete, kräftige strapazierbare Qualität, einfarbig gestreift, 74 cm breit, per Meter **-.39**
5. **Stuhltuch** auch Haustuch genannt, weiß, sehr dicht geschlossene, starke Qualität, für bessere, strapazierb. Betttücher, 150 cm br., p. Mt. **1.15**
6. **Handtücher** strapazierbare, haltbare Qualität, weil nicht vollkommen gleichmäßig. Verkauf nach Gewicht per Pfund **1.25**
7. **Strickwolle** garantiert reine Wolle, solide, strapazierbare Qualität, lieferbar in schwarz per Pfund **1.95**
Diese Preise haben nur solange Gültigkeit, bis ein neues Inserat mit anderen Preisen erscheint.
Abgabe von jedem Artikel bis 100 Meter bzw. 10 Pfund. — Versand von Mk. 10.— an; ab Mk. 20.— portofrei.
Nachbestellungen werden auf meine Kosten zurückgenommen und der volle angelegte Betrag zurückbezahlt.

Bei Asthma Keuchen der Atemwege, Grippe / Verschleimung, veraltete Bronchien und Heiserkeit
erhalten Linderung von nur zur Anfertigung notwendig und portofrei die mit Abbildungen versehenen Prospekt. Das diese Krankheit und deren gesundheitliche Folgen, die sie durch ihre Bekämpfung und Desinfektion mittels des „Pulver-Extrakt“ beheben. Schreiben Sie eine Postkarte mit genauer Adresse und Sie erhalten dieses Buch gratis.
Pulver-Extrakt & Co., Berlin O 724, Mühlgrabenstraße 26-28 a.